

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Ersteinst wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Röhrestraße 16a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgepaltenen Kolonnenzeile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark,
Geschäftsinsertate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **510000** Exemplaren erscheint diese Ztg.

Wirtschaftliche Rundschau.

Während die Meldung über eine Konferenz von 100 Vertretern der Eisen- und Metallindustrie aus Amerika, Belgien, Deutschland, England und Frankreich, die im Juli stattfinden sollte, um international gültige Preisabmachungen zu treffen, sich als Phantastieprodukt erwies, ist dagegen in denselben Tagen der Austritt Frankreichs aus der internationalen Halbzeugkonvention zur Tatsache geworden. Dieses internationale Abkommen war zwischen dem deutschen Stahlwerksverband sowie dem belgischen und dem französischen Stahlwerksverband zur Regelung der Lieferungsbedingungen und zur Festsetzung der Verkaufspreise im Jahre 1906 abgeschlossen worden. Jetzt sollte es erneuert werden. Das Ausschneiden des französischen Syndikats soll nach Darstellungen der Handelspresse nicht auf Ursachen zurückzuführen sein, die mit der Marktlage der französischen Eisenindustrie im Zusammenhang stehen, da die französischen Eisenwerke gegenwärtig im allgemeinen recht gut beschäftigt und dadurch begünstigt sind, daß sie im Gegensatz zur deutschen, englischen und belgischen Industrie infolge ihrer Unabhängigkeit vom Auslandsmarkt durch die Abschwächung des internationalen Eisenmarktes kaum berührt wurden. Vielleicht ist die Lösung der internationalen Vereinbarungen durch die französischen Eisenwerke aber gerade dadurch hervorgerufen worden, daß mit der recht erheblichen Entwicklung der Eisenindustrie Frankreichs das Bestreben nach erhöhtem Export entstanden ist, dem jedoch die Abmachungen mit Deutschland und Belgien entgegenstehen.

An allen Ecken und Enden wird an den Kartellen und Konventionen in der Eisenindustrie gerüttelt und geschüttelt. So ist kürzlich auch die Preiskonvention für Draht, Drahtwaren und Drahtstifte gesprengt worden, ein Vorgang, der die Einleitung heftiger Preisämpfe auf dem Drahtmarkt bedeutet. Als die Preiskonvention im Januar 1909 gegründet wurde, erblickte man darin den Anfang zu einem Kartell, in dem die Produktion der Werke kontingiert werden und der Verkauf der Produktion durch eine gemeinsame Verkaufsstelle erfolgen sollte. Um die Umbildung der Preiskonvention für Drahtstifte in ein Kartell durchzuführen, hatte der Walzdrahtverband, wie wir zur Zeit berichteten, den reinen Drahtstiftwerken, die sich an einem Syndikat nicht beteiligen wollten, die Mittelteilnahme zugehen lassen, er werde den Widerstrebenden kein Rohmaterial mehr liefern. Daß trotz dieser Drohungen das Syndikat nicht zustande kam, war allein darauf zurückzuführen, daß während der Verhandlungen neuer Wettbewerb in Rohwalzdraht auftrat, der den Stifffabriken, die sich dem neuen Drahtstiftsyndikat nicht anschließen wollten, die Versorgung mit Rohwalzdraht unter Umgehung des Walzdrahtverbandes ermöglicht hätte. Die Verhandlungen zu einer Umwandlung der Preiskonvention in ein Syndikat wurden fortgesetzt. Nach der Rheinisch-Westfälischen Zeitung haben sich 149 Firmen dafür erklärt, mit Vorbehalt 9 Firmen, ganz dagegen waren 19 Firmen, während 20 Firmen sich überhaupt nicht geäußert hatten. Bei einem derartigen Ergebnis konnte von einer Ausschließlichkeit der angestrebten Syndikatsgründung keine Rede sein. Wenn dennoch die Konvention aufgelöst wurde, ist der Grund für diese Laune nur mit anderen Absichten zu erklären. Zu den stärksten Gegnern der Drahtkonvention gehörten die Schweizer Drahtwerke, die der Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft angegliedert sind. Sie kündigten den Konventionsvertrag, wohl hauptsächlich aus dem Verlangen, die Konkurrenz der reinen Drahtstiftwerke zurückzuwerfen. Es ist der alte Gegensatz zwischen den gemischten und reinen Betrieben, den auch auf dem Drahtmarkt die großen gemischten Werke zum Austrag bringen wollen. Unter der Herrschaft der Drahtkonvention haben sich die reinen Drahtstiftwerke günstig entwickeln können, ein Zustand, der den gemischten Betrieben längst ein Dorn im Auge war. Wahrscheinlich hätte die Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft, wenn es nicht anders gegangen wäre, auch der Bildung eines Drahtstiftsyndikats zugestimmt, aber Voraussetzung wäre unter allen Umständen gewesen, daß die reinen Drahtstiftwerke mit ihrer Beteiligung an der Gesamtproduktion zugunsten der großen gemischten Betriebe herabgedrückt worden wären. Als Krupp unlängst die Westfälische Drahtindustrie-Aktiengesellschaft in Hamm durch den bekannten Interessengemeinschaftsvertrag aufnahm, wurde in Fachkreisen bereits geäußert, daß die übrigen gemischten Betriebe die Drahtindustrie gleichfalls stärker betreiben wollen. Diesem Ziel diene auch die Sprengung der Drahtstiftkonvention, denn es ist wohl kaum daran zu zweifeln, daß nach stärkeren Preisermäßigungen bei gleichbleibenden Walzdrahtpreisen bald verschiedene Drahtstiftfabriken sich in den Schutz gemischter Werke flüchten werden.

Weiterhin wird mit der Auflösung der Nietenvereinigung gerechnet. Eine größere Anzahl von Werken steht einer Verlängerung der Konvention ablehnend gegenüber, falls nicht eine straffe Kartellierung an Stelle der jetzigen losen Vereinbarungen tritt. Der Verein deutscher Nietenfabrikanten, wie die Nietenvereinigung firmiert, verpflichtet seine Mitglieder zur Einhaltung festgesetzter Preise und zur Beachtung bestimmter Lieferungsbedingungen. Er hat den Beitritt außenstehender Werke mit den Mitteln erzwungen, die das kartellierte Kapital unliebsamen Konkurrenten gegenüber stets ungeniert anzuwenden pflegt. So wurde ein Schreiben des Geschäftsführers der Konvention bekannt, in dem die Colonia-Nietenwerke, G. m. b. H. in Köln, die Konventionspreise halten, aber der Konvention selbst nicht beitreten wollten, unter Drohungen mit Preismaßnahmen zum sofortigen Anschluß aufgefordert worden waren.

Eine Krise ist auch wieder im Essener Roheisenverband entstanden, nachdem kurz vorher eine prinzipielle Einigung mit den

Siegerländer Hütten erfolgt war. Die Gutehoffnungshütte trat mit Forderungen auf eine erhebliche Steigerung ihrer Beteiligung hervor, der Roheisenverband hat diese Ansprüche als nicht annehmbar bezeichnet und dem Unternehmen ein Ultimatum bis zum 9. Juli gestellt. Da der jetzige Verbandsvertrag als verlängert gilt, wenn er bis Ende Juni nicht gekündigt wird, so ist bei der Ablehnung der Beteiligungsansprüche der Gutehoffnungshütte wohl die Kündigung des Roheisenverbandes zu erwarten. Diese Vorgänge sind nicht geeignet, die Marktverhältnisse günstig zu beeinflussen, sie entspringen alle der Vertiefungspolitik der großen gemischten Werke, deren ungeklümmerte Betreibung zu schweren Konjunkturschwüngen und Verschärfungen führen kann.

Beischlossen hat die Generalversammlung der Drenstein & Koppel, Arthur Koppel-Aktiengesellschaft, die Erhöhung des Aktienkapitals um 10 auf 86 Millionen Mark. Über die Vertiefungsbestrebungen der Drensteingefellschaft haben wir verschiedentlich berichtet, sie übernahm bekanntlich letzthin die Lübecker Maschinenbaugesellschaft und traf mit der französischen Gesellschaft Société Nouvelle des Etablissements Decauville Aine auf vorläufig 20 Jahre ein Abkommen, durch das ein Konkurrenzkampf, der zwischen beiden Unternehmen bisher in den romanischen Ländern und teilweise auch in überseeischen Gebieten geführt wurde, aufhört. Die Verwaltung berichtete in der Generalversammlung, daß auch ihre Lokomotivfabrik, wenn sie auch bei weitem nicht die größte in Deutschland sei, doch aber als jüngste Fabrik an fünfter Stelle unter den in Betracht kommenden 12 Fabriken Deutschlands rangiere. Was die von der Gesellschaft konstruierte neue Lokomotive anlangt, so bringt sie zwar keine Kostenersparnis von 30 Prozent, wie mehrfach in den Zeitungen zu lesen gewesen sei, sondern nur von 10 Prozent. Es sei dies aber so erheblich, daß die preussische Eisenbahnverwaltung sich entschlossen habe, diesen Typ einzuführen; der Gesellschaft werden demnach Aufträge darauf zugehen. Die Dividende wurde nach dem Vorschlag des Aufsichtsrats auf 14 Prozent festgesetzt.

Die Aktiengesellschaft Waderow & Co. in Breslau, die Feldbahnen und Wagger fabriziert, sieht sich genötigt, ihr 1 Million Mark betragendes Aktienkapital auf die Hälfte zusammenzulassen, sie hat in den letzten Jahren Dividenden nicht bezahlt und für das Jahr 1910 mit Verlust abgeschlossen. Als in der Handelszeitung des Berliner Tageblatts eine wenig günstige Situation der kleineren Feldbahnfirmen mit der Konkurrenz der nach dem Monopol strebenden Drensteingefellschaft begründet wurde, erließ die Firma F. C. Glaser & H. Pfäum, G. m. b. H., die Erklärung, daß sie in Unabhängigkeit von der Firma Drenstein & Co. von Jahr zu Jahr ihren Umsatz steigern konnte, besonders in den letzten fünf Monaten dieses Geschäftsjahres wäre der Auftragsbestand um 66 2/3 Prozent höher gewesen als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Bei diesem günstigen Geschäftsgang, führt die Firma weiter aus, habe sie die Aktiengesellschaft Krupp bereits im Vorjahr veranlassen müssen, ihre Werkstätten zur Herstellung von Feldbahnkonstruktionsmaterial um das Dreifache zu vergrößern, damit sie imstande wäre, der gesteigerten Nachfrage nach Krupp'schem Feldbahnmaterial gerecht werden zu können. Bei der besonderen Stellung, die die Firma F. C. Glaser & H. Pfäum durch ihre Verbindung mit Krupp einnimmt, verspürt sie die erdrückende Konkurrenz der Drensteingefellschaft weniger, die übrigen Feldbahnunternehmen außerhalb des Drensteinringes dürften kaum in der gleichen Lage sein.

Klagen über eine starke Überproduktion auf dem Gebiet von Strumpf- und Nähmaschinen erheben die Chemnitzer Maschinenfabriken. Die Schubert & Salzschne Maschinenfabrik, Aktiengesellschaft, die wieder 20 Prozent Dividende verteilt, betont in ihrem Geschäftsbericht, daß in den erwähnten Zweigen ihre Leistungsfähigkeit weit höher ist als sie zurzeit ausgenutzt werden kann. In den übrigen Branchen wird die Beschäftigung als stetig bezeichnet; die Gesellschaft hofft, in der Lage zu sein, im laufenden Geschäftsjahr das Werk genügend beschäftigen zu können. Ähnlich spricht der Bericht der Aktiengesellschaft David Richter in Chemnitz, aber die Verwaltungen der Maschinenfabriken verschweigen, daß sie an der Überproduktion in der Strumpf- und Nähmaschinenfabrikation eine starke Mitschuld tragen, sie beteiligten sich vielfach sehr lebhaft an den Gründungen neuer Textiltetriebe direkt oder indirekt, obwohl sie von einem nahe bevorstehenden Rückschlag Kenntnis haben mußten.

Eine Sanierung plant die Hohenzollernhütte, Aktiengesellschaft in Emden, die erst im Jahre 1906 gegründet wurde, aber schon im Jahre 1909 eine einschneidende Sanierung erfuhr. Jetzt soll das Aktienkapital von 3,188 Millionen Mark zur Befestigung der Unterbilanz und Vornahme außerordentlicher Abschreibungen zusammengelegt werden, gleichzeitig wird eine Erhöhung des Aktienkapitals zur Beschaffung von Betriebsmitteln beabsichtigt. Stillgelegt wird demnach das Jfenburger Walzwerk, das sich im Besitz des Fürsten Stolberg-Wernigerode befindet. Über 200 Arbeitern wurde gekündigt, die Maschinenfabrik und Sieberei Jfenburg wird weitergeführt. Man begründet die Stilllegung mit der erdrückenden Konkurrenz der großen rheinisch-westfälischen Werke. Letzthin verlautete, daß ein westfälisches Werk die Jfenburger Hütte übernehmen wollte, es sollte durch diese Verbindung die Beteiligungszahl des westfälischen Wertes beim Stahlwerksverband erhöht werden. Wenn dieses Geschäft zustande gekommen ist, dürfte dem fürstlichen Besitzer der Jfenburger Hütte aus der Stilllegung noch ein Gewinn erwachsen. Eine Dividende von 18 Prozent gegen 16 Prozent im Vorjahr bringen die Vereinigten deutschen Nickelwerke, Aktiengesellschaft in Schwerte, zur Verteilung. Eine Dividende von wieder 6 Prozent zahlt die Dampfkessel- und Gasometerfabrik vormalig H. Wille & Co., Aktiengesellschaft in Braunschweig. Über das laufende Geschäftsjahr bemerkt die Verwaltung, daß der Bestand an Aufträgen im neuen Jahre höher sei als zur gleichen Zeit des

Vorjahres, jedoch hätten sich die Preise noch nicht gebessert. Von der Mühlenbauanstalt und Maschinenfabrik vormalig Gebrüder Seck in Dresden wird mitgeteilt, daß die Beschäftigung zurzeit sehr gut sei und reichliche Aufträge vorlägen. Die Maschinenfabrik Bruchsal, Aktiengesellschaft vormalig Schnabel & Fennig, berichtet dem Börzen-Courier, daß das Werk zurzeit gut beschäftigt sei und der Bestand an Aufträgen heute nicht unwesentlich höher ist als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Das Ergebnis des Geschäftsjahres 1911 — die Gesellschaft verteilte für 1910 eine Dividende von 25 Prozent — dürfte deshalb hinter dem des Vorjahres nicht zurückbleiben. In eine Aktiengesellschaft wurde die Maschinenfabrik Gilmann & Lorenz in Aue umgewandelt, das Aktienkapital beträgt 1 Million Mark.

Der Hüttenarbeiterschuss und die Fabrikinspektoren.

Die ungünstigen Ergebnisse der Überstundenverzeichnisse geben den Aufsichtsbeamten des öfteren zu Bemerkungen Anlaß. Im Bericht für Döppeln wird erwähnt, daß trotz der Abschaffung und der Einschränkung vieler und besonders langwährender Überarbeit ihrer „noch übergenug“ geleistet werde. Im Bericht für den Bezirk Magdeburg wird erklärt, daß man nach den gemachten Erfahrungen in der Umahme nicht sehlgelassen werde, daß vor dem Erlaß der Bundesratsbekanntmachung die Fälle übermäßiger Ausbeutung der Arbeitsschichten und unzureichender Ruhezeiten für die Arbeiter ungleich häufiger eingetreten sein würden als heute. Man erinnert sich noch, wie tabellos sauber es nach den Darlegungen der Beumer, Stöcker und anderer Unternehmensvorführer in den Walzwerken aussehete, als die sozialdemokratische Partei, der Deutsche Metallarbeiter-Verband und besonders auch der Abgeordnete für Bochum, unser Kollege Gue, ihre schweren Anklagen über die Mißstände in der Großeisenindustrie vorbrachten. Von „peinlich ordentlichen“ Zuständen in den Hüttenwerken mag jetzt niemand mehr zu reden. Im Bezirk Arnberg ist die durchschnittliche Dauer der Überarbeit pro Tag und Arbeiter von 0,41 Stunden im Jahre 1909 auf 0,55 Stunden im Jahre 1910 gestiegen, im Bezirk Düsseldorf von 0,55 Stunden auf 0,65 Stunden. Da fast die Hälfte der Arbeiter dieser hauptsächlichsten Hüttenindustrie Überarbeit verrichtet haben, verlängerte sich die Schicht dieser Arbeiter durchschnittlich um über 1/2 Stunde, so daß die an sich schon viel zu lange 12stündige Schicht zu einer 12 1/2stündigen wurde! Was trotz des „Schutzes“ der Bundesratsverordnung an langen Arbeitszeiten noch vorkommt, ist an vielen Stellen der Berichte der Fabrikinspektoren zu erkennen. Im Bezirk Wiesbaden waren nur 627 in Frage kommende Arbeiter vorhanden. Trotzdem wird berichtet, daß eine längere als 10stündige Arbeitszeit nach den Verzeichnissen 52mal vorgekommen ist. Wie ist das möglich, da doch durch den Zwang der achtstündigen Ruhepause vor dem Beginn der regelmäßigen Schicht die Schichtdauer mittelbar auf 16 Stunden begrenzt worden ist. Wenn überall derart lässig mit der Durchführung der Bundesratsverordnung verfahren werden sollte, dann könnte man lieber gleich Schluß mit der Sache machen. Wie „dringend“ notwendig diese Überarbeiten waren, geht daraus hervor, daß 13 Überstundenverfahren wurden, um das Füllen und das Anblasen eines zweiten Hochofens und das „Anlernen der neuen Bedienungsmannschaft“ zu besorgen, 18 Überstunden wurden verfahren „für nachzuholende Leistungen an der Feinstrafe, deren Umbau eine längere Unterbrechung des Betriebes herbeiführt hatte“. Im Bezirk Köln mit 8900 beschäftigten Arbeitern kamen 6707 Fälle längerer als 16stündiger Schichten an Werktagen vor! In drei Stahlwerken mit mehr als 24stündiger Sonntagsbetriebsruhe stellte sich ein großer Teil dieser Fälle als verlängerte Sonnabend- und Sonntagschichten dar; es wurden dort häufig sämtliche Arbeiter der Tagsschicht bis zu 12 Stunden, also bis Sonntagmorgen um 6 Uhr, überbeschäftigt, teils um eine Produktionssteigerung herbeizuführen, teils um erforderliche Ausbesserungen sofort vorzunehmen.

Als Gründe für den Umfang der ermittelten Überarbeit werden angegeben die Wünsche nach Produktionssteigerung, eilige Aufträge, mangelnde Dispositionsfähigkeit der Verwaltungsbeamten, Widerstand der Arbeiter bei Einschränkung der Überarbeit wegen des Lohnausfalls, Mangel an gelernten Arbeitern u. s. w.

Die Fortsetzung des ganzen Betriebs über die regelmäßige Schicht hinaus wurde im Bezirk Köln in mehreren Fällen in zwei Walzwerken, drei Stahlwerken und einer Röhrengießerei beobachtet. „Als Grund hierfür ist zum Teil die Absicht der durch den guten Geschäftsgang bedingten Produktionssteigerung anzugeben, zum Teil die Absicht, einen durch Maschinenschaden entstandenen Ausfall in derselben Schicht wieder auszugleichen. Inventur (wo der eigentliche Betrieb meist ruht! Reb.) gab in einem Raffineriewalzwerk während drei Wochen zu einer Anzahl von Überstunden Anlaß.“ Also ist der Betrieb im Gange, so sollen Überstunden notwendig sein, und steht er bei Inventuren still, so soll dies auch wieder „Anlaß“ zur Überarbeit geben. Um „Gründe“ sind die Unternehmer offenbar nicht verlegen. Aus Köln wird weiter berichtet, daß ein großer Teil der Verträge gegen die Bestimmungen über die Sonntagsarbeit auch auf das Verschulden eines Betriebsleiters zurückzuführen gewesen sei, „der bestimmte, niedrig gelohnte, sich freiwillig meldende Arbeiter regelmäßig bei der Heranziehung zur Sonntagsarbeit bevorzugt“ habe. Der Betriebsleiter konnte sich auf diese Art von einer Erhöhung der schlechten Stunden- oder Schichtlöhne drücken. Einen sehr bezeichnenden Beleg dafür, was bei gutem Willen erreicht und bei schlechtem verdoeben werden kann, gibt uns

Der Bericht aus dem Bezirk Trier. Von dort wird „eine auffällige Steigerung der Überarbeiten“ seit Mitte März in einem Stahlwerk erwähnt, die „ihre Erklärung lediglich in dem Wechsel der Person des Betriebsführers“ finde. „Der frühere Leiter des Werkes hatte das Bestreben, zunächst ohne Überarbeiten auszukommen, während der jetzige durch Forcierung des Betriebes die Rentabilität des Unternehmens soweit wie möglich zu steigern sucht, ohne indessen die Beobachtung der in Betracht kommenden Schutzbestimmungen zu vernachlässigen“, wie mitlender hinzugefügt wird, was aber noch genauer zu untersuchen wäre. Die Überarbeitsstunden stiegen in dem Werke in folgender Weise: Dezember 58, Januar 99, Februar 98, März 225, April 523, Mai 853, Juni 491, Juli 369, August 904, September 1043, Oktober 1829, November 2284.

Zahlreich sind die Mitteilungen in den Fabrikinspektorenberichten über teilweises Drängen der Arbeiter nach Überarbeit, um dadurch die Löhne etwas aufbessern zu können. Es fragt sich bei solchen Berichten allerdings, wie weit sie auf eigenen Beobachtungen der Aufsichtsbeamten beruhen. Daß die Unternehmer besorgt genug sind, die Gütenarbeitschutzverordnung auch den Arbeitern möglichst verfaßt zu machen, um durch ausgedehnte Überarbeit den regulären Lohn niedrig halten zu können, ist bekannt genug. Aus Siegen wird berichtet, daß an Stelle des stofflosen Schichtlohn ein Lohnausfall wenigstens zu verringern. Aus Westfalen wird erwähnt, daß die Arbeiter „in manchen Fällen selbst ein lebhaftes Interesse daran hatten, die besser bezahlte Sonntagsarbeit möglichst in die Länge zu ziehen“. In einem Falle wurde die Anordnung getroffen, daß bei längerer als dreistündiger Dauer der am Sonntag auszuführenden Reparaturen diese von Auszubildenden nach Ablauf der dritten Stunde fortgesetzt werden müssen. In anderen Werken soll auf diese Art die Dauer der Sonntagsarbeit erheblich eingeschränkt worden sein. Als in einem Hüttenwerk der Gewerkschaft die Beachtung der Bestimmungen über die Sonntagsarbeit forderte, „entschloß man sich, sämtliche Lohne des Werkes an den Sonntagen verschlossen zu halten und nur die unumgänglich notwendige Sonntagsarbeit zuzulassen. Trotdem fanden sich am Sonntagmorgen gegen 100 Arbeiter vor den Türen ein, in der Hoffnung, noch Arbeit zu bekommen.“ Im Bezirk Koblenz haben sich nach dem Bericht einige Walzendreher, die übermäßig Überarbeit verrichtet hatten, „heftig gekränkt“, als noch einige Leute für das Abdrehen der Walzen angeleitet werden sollten. In allen diesen Fällen wird die Furcht vor der Verdienstminderung als Ursache der Überarbeitswut angegeben, so auch bei einer Mitteilung aus dem Bezirk Düsseldorf, wo Arbeiter „ohne Auftrag und sogar unter Täuschung ihres Betriebsführers Sonntagsarbeiten ausgeführt hatten“. All das deutet klar darauf hin, daß die Regellehne der Hütten- und Walzwerksarbeiter bei der jetzigen teuren Lebenshaltung besonders schlecht genügen, um die notwendigen Bedürfnisse befriedigen zu können. Das ist im allgemeinen die Ursache, wenn es Arbeiter gibt, die sich nach Überarbeit drängen. Und hier werden wir als teilweise Ursache der Überarbeit „große Aufträge der Staatsbahnverwaltung bei kurzer Lieferzeit“ angegeben. Solche Ursachen sollten doch gewiß nicht vorkommen.

Ein Mangel besonders an gelernten Arbeitern wird aus vielen Bezirken als Ursache für den Umfang der Überarbeit angegeben. Aus diesem Grunde soll sogar, was sehr zu bedauern wäre, beschafft sein, die „versuchsweise“ in Osnabrück eingeführten achtstündigen Schichten „für Mollerei, Aufgeber, Eisenträger und Kohlschlepper wieder in zwölfstündige umzuwandeln“. Andererseits wird aus dem Bezirk Trier berichtet, daß in einem Gußstahlwerk die Zahl der beschäftigten Maurer seit dem Inkrafttreten der Bekanntmachung auf mehr als das Doppelte erhöht worden ist, „um im Falle des Vorkommens umfangreicher Ofenreparaturen für sämtliche Leute die gesetzlichen Forderungen erfüllen zu können“. Ähnliches wird mehr berichtet. Der Grund für den „Mangel an gelernten Arbeitern“ wird mehr dazu zu suchen sein, daß diese, weil sie höhere Löhne beanspruchen, oft mit Absicht in zu beschränkter Zahl in den Werken beschäftigt werden und dann übermäßig, besonders an Reparaturarbeiten, herangezogen werden. Hierbei spielt der Umstand mit, daß eigentlich qualifizierte Arbeit in den Werken manchmal nicht so viel vorhanden ist, um mehr Arbeitskräfte immer voll zu beschäftigen. Deshalb stellt man zu wenig gelernte Arbeiter ein und schließt sich so künstlich einen „Arbeitsmangel“. Aus Trier wird erwähnt, daß in einem Hüttenwerke den Elektromechanikern nicht das Mindestmaß der Sonntagsruhe gewährt worden war. „In mehreren Betrieben“, heißt es weiter, „bietet die Beschäftigung dieser gelernten und daher hochgelohnten Arbeiter an Wochenenden erhebliche Schwierigkeiten.“

Daß die von der Bundesstaatsverwaltung verlangte achtstündige Ruhezeit vor dem Beginn der regelmäßigen Schicht lange nicht immer gewährt worden ist, wird oft von den Aufsichtsbeamten erwähnt. Wenn bei mehr als vierstündiger Überarbeit an Werktagen doch die achtstündige Ruhe gewährt wird, wird der Beginn der folgenden Schicht hinausgeschoben. Wir haben da wieder die „hängende“, die „wandernde“ Schicht statt der „regelmäßigen“ in § 4 der Schutzverordnung. Fast aus allen Bezirken wird berichtet, daß diese Art, sich mit den Forderungen der Bundesstaatsverwaltung abzufinden, sehr im Schwunge ist. Und — die Fabrikinspektoren finden nichts dabei. Es handelt sich aber ganz offenbar um Verträge gegen die Schutzverordnung, da diese fordert, daß vor dem Beginn der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit mindestens acht Stunden Ruhe liegen müssen. Aus dem Bezirk Koblenz wird berichtet, daß die Fälle, in denen die achtstündige Ruhezeit nicht eingehalten wurde, seltener geworden seien, weil die Aufsichtsbeamten bei jeder Gelegenheit Beweisaufnahme genommen haben, wozu sie sich auch die dem Sinne der Vorschriften widersprechende Schichtdauer von über 16 Stunden an Wochenenden hinweisen und auf ihre Abstellung zu drängen. Infolgedessen ist in der Röhrengießerei die Überarbeit von mehr als vier Stunden durch Anschläge in den Betriebsräumen ausdrücklich verboten worden. So geht es sich. Aber der Bericht aus Koblenz macht eine Ausnahme.

Nach großer Mühseligkeit ergeben sich am Wochenanfang. Wenn die letzte Schicht in der Woche verfahren ist, werden vielfach lange Überstunden angehängt. Die Fabrikinspektoren berichten fast übereinstimmend, daß sie dagegen nichts tun könnten, soweit vor der ersten Schicht in der neuen Woche die verlangte achtstündige Ruhezeit liegt. Man denke daran, daß, wenn eine die eine Woche mit dem Sonnabendabend schließt und die andere mit der Nacht die am Montagabend beginnt, dann eine Überstunde von 40 Stunden Dauer, also mit der letzten Regelschicht zusammengefaßt eine Schichtdauer von 52 Stunden möglich wäre! Und da erklären die Fabrikinspektoren, daß sie dagegen nicht einschreiten könnten! Sie können aber einschreiten und sie müssen es. Denn es ist Unfair, in solchen Fällen langer Überarbeit mit der Regelschicht zusammen nur von einer Schicht zu reden. Es sind dann vielmehr zwei oder drei Schichten und zwischen ihnen muß die verlangte achtstündige Ruhezeit liegen. Ausgenommen ist in § 4 der Schutzverordnung nur die Regelung der Wechselrhythmen. Warum steht das denn da!

Aus dem Bezirk Koblenz wird von 79 Überstunden berichtet, die in einem Monat auf einen Arbeiter kamen. Im Bezirk Arnberg wurden 10 Arbeiter im Anschluß an eine Sonnabend-Nachschicht zu 20 bis 30 Stunden Überarbeit herangezogen, also war die Gesamtschicht 32 bis 42 Stunden lang! Nach dem Bericht aus dem Düsseldorf-Bericht gehörten Fälle, in denen Arbeiter bis zu 8 Sonntagen hintereinander und bis zu 12 Stunden mit Überarbeiten beschäftigt wurden, „in den ersten Monaten nicht zu den Seltenheiten“. In der Zeit von Januar bis November 1910 hatten die Arbeiter im Bezirk Düsseldorf in 726 ermittelten Fällen am zweiten oder dritten Sonntage nicht die erforderlichen Ruhezeiten erhalten.

Metallarbeiterverhältnisse in Baden.

II.

Mit dem 1. Januar 1910 ist der gesetzliche Zehnstundentag für die erwachsenen Arbeiterinnen in Kraft getreten, während ihn die Jugendlichen schon seit 1892 hatten. Die badische Fabrikinspektion berichtet nun, daß er nicht in allen Betrieben mit gemischter Arbeiterschaft auch den erwachsenen männlichen Arbeitern zugute gekommen ist. Und in manchen Betrieben, wo der Zehnstundentag für die gesamte Arbeiterschaft gilt, wird wieder ein Unterschied am Samstag gemacht und werden die Arbeiter gezwungen, eine bis zwei Stunden länger zu arbeiten als die Arbeiterinnen. Sie beginnen mit der Arbeit eine Stunde früher und schließen manchmal eine Stunde später als die Arbeiterinnen. Die Arbeiter der Porzellanwerke sind häufig noch 11, ja sogar 11½ bis 12 Stunden beschäftigt. Daß sie sich vor den Arbeiterinnen nicht schämen, sich von den Unternehmern zu einer längeren Arbeitszeit als der zehnstündigen zwingen zu lassen!

In anderen Industrien, zum Beispiel in der Textilindustrie, gilt fast allgemein der Zehnstundentag auch für die männlichen Arbeiter. Als eine tüchtigste Gesellschaft bewies sich der Arbeiterschuß der Rheinischen Gummi- und Zellulosefabrik in Mannheim, der sich in einem von ihm verlangten Gutachten zwar für den Arbeitschluß um 3¼ Uhr an den Samstagsnachmittagen für die verheirateten Arbeiterinnen erklärte, dagegen gleichzeitig befürwortete, daß die ledigen Arbeiterinnen wie die Arbeiter länger arbeiten sollen. Wäre eine tüchtige ledige Arbeiterin als Vertreterin ihrer Mitarbeiterinnen im Arbeiterschuß, so würde wohl ein so engherziger Beschluß nicht gefaßt worden sein. Das Ziel muß der ganze freie Samstagnachmittag für die gesamte Arbeiterschaft sein.

Zwei Großbetriebe der Maschinenindustrie haben die Arbeitszeit von 10 auf 9¼ Stunden herabgesetzt. In einer großen Automobilfabrik wurden die Arbeiter wegen Höherbezahlung der häufig zu leistenden Überstunden vorstellig. Nach einigem Sträuben bewilligte die Direktion den Zuschlag mit der Einschränkung, daß er nur ausbezahlt werden solle, wenn die normale Wochenarbeitszeit voll geleistet worden ist. „Bei einer späteren Beschäftigung des Betriebes“ erklärte der leitende Ingenieur auf Befragen, daß die Überstunden nunmehr möglichst eingeschränkt worden seien und zu Klagen über unregelmäßige Einhaltung der normalen Arbeitszeit kein Anlaß mehr vorliegt.“ Der höhere Lohnzuschlag hat also zur Einschränkung der Überarbeit geführt und somit die besten Wirkungen gezeitigt.

Die Behörden bewilligten im Berichtsjahre zusammen 237 742 (1909: 102 918) Überstunden für 22006 (3781) Arbeiterinnen, wovon auf die Metallindustrie 110679 (42842) und 13968 (672) und auf die Maschinenindustrie 11385 (3758) und 419 (147) entfielen. Die behördlich bewilligte Überstundenarbeit hatte 1910 mehr als den doppelten Umfang jener von 1909. Zahlreiche Gesuche um Überzeitarbeit gingen auch aus der Uhrenindustrie ein. Bei einer normalen Arbeitszeit von 10 Stunden hatte für diese Industrie bisher bei etwaiger Arbeitsüberbürdung die 11. Stunde in der Regel für Erledigung der Aufträge ausgereicht. Mit der Einschränkung des Maximalarbeitstages für die Arbeiterinnen fiel dieser Spielraum weg. Die Überarbeit wurde genehmigt, wenn auch nicht immer in vollem Umfang. Die Mitgabe von Heimarbeit über das zulässige Maß hinaus und die häufig angetragene unzulässige Kinderarbeit führten dazu, daß die Genehmigung von Überarbeit in der Uhrenindustrie unter anderem an folgende Bedingung geknüpft wurde: „Die Überarbeit wird unter der Voraussetzung bewilligt, daß seitens der Firma dafür Sorge getragen wird, daß bei der Mitgabe von Heimarbeit an Arbeiterinnen für ihre Angehörigen die Grenzen der Beschäftigung von Arbeiterinnen mit Feuerarbeiten und der Beschäftigung jugendlicher Kinder genau eingehalten werden. Sofern sich Unzulänglichkeiten und Mißstände hierbei ergeben, sei es, daß Arbeiterinnen, welche im Betrieb bis an die Grenze der gesetzlich zulässigen Arbeitszeit beschäftigt waren, noch Feuerarbeiten verrichten, sei es, daß Kinder vor vollendetem zehnten Jahre oder länger als gesetzlich zulässig beschäftigt werden, so ist auf eine weitere Vermeidung von Überarbeitsgesuchen für die Firma nicht mehr zu rechnen.“

In der Porzellan- und Schmelzwarenindustrie ist schon seit vier Jahren der Neunstundentag eingeführt; sie kann aber nach Inkrafttreten der Novelle nicht mehr wie bisher über zwei Überstunden täglich frei verfügen. „Es muß zugestanden werden, daß die Schmelzwarenindustrie erheblichen zeitlichen Schwankungen ausgesetzt ist, für deren Ausgleichung gelegentliche Überarbeit ein unerlässliches Bedürfnis ist. Zur Befriedigung dieses Bedürfnisses ist die Industrie jetzt auf die durch die Gewerbeordnung zugelassenen 40 Tage beschränkt, die dem auch regelmäßig bewilligt werden.“

Von den Arbeiterinnen wird der achtstündige Wochenerwerbungsbeitrag begriffen, aber sie wünschen auch für die gleiche Zeit die Staatsrentenversicherung, die jetzt nur für sechs Wochen bezahlt wird, ein gewiß selbstverständliches Verlangen. Die Schwangeren bleiben heute mehr als früher vor der Niederkunft zu Hause. Ein Unternehmer fragte an, ob es zulässig sei, Wochenerwerbende Heimarbeit mitzugeben, damit sie in der schwereren Zeit einen Verdienst hätten.“ Der edle Wunsch! Die Fabrikinspektion antwortete, daß je nach Umständen gegen die Mitgabe einer leichten Arbeit nichts einzuwenden sei, daß es sich jedoch empfiehlt, in jedem Falle einer Vorlage eines Gutachtens des Sanitätsrates die Ansicht des Bezirksamtes einzuholen und zu beachten. Wir meinen allerdings, es sollte alles getan werden, die proletarische Wochenerwerbende vor den Anreizungen gewerblicher Arbeit und je sie noch so leicht, zu bewahren und ihr die nötige Ruhe und Erholung zu sichern, die bei den reinen Wochenerwerbenden etwas selbstverständliches ist.

Die Fabrikinspektion beschäftigt sich auch mit der Frage, ob und eventuell in welchem Umfange die Verkürzung der Arbeitszeit einen Produktionsausfall gebracht hat. Sie kommt dabei zu dem Schluß, daß unter sonst gleichen Verhältnissen der Produktionsausfall um so weniger spürbar sein wird, je kleiner die Stelle ist, die der Maschine bei der Produktion zuzählt. Je mehr Gewandtheit und Fleiß des einzelnen den Anschlag gibt, um so eher wird man bis zu einer gewissen Grenze bei vermindelter Arbeitszeit die alte Leistung einholen können. Die sehr Fleiß und Achtsamkeit zum Beispiel des Seidenwebers im Gewandfall, zeigt der von einem Fabrikanten mitgeteilte Umstand, daß in der Woche vor der Abrechnung regelmäßig von jedem Arbeiter durchschnittlich drei bis vier Meter Stoff mehr gewoben werden. Diese Gewandtheit ist ja schon taufendfach in allen Fabriken und in allen Ländern gemacht worden.

Als Reaktion wird die Einführung der Bernunft gegen Buzen wegen Zuwiderhandlung gegen die Arbeitsordnung

in einer Metallschraubenfabrik berichtet. Die Verurteilung kam von dem Unternehmer oder an den Arbeiterschuß gerichtet werden, der dann aber seinerseits mit dem ersten darüber verhandeln muß. Das Beste ist die gänzliche Abschaffung sämtlicher Fabriksuben, denn eine Fabrik ist kein Zuchthaus und der Arbeiter hat auch kein Bubenrecht gegenüber dem Unternehmer, wenn er sich um Arbeitsordnung und Gesetz keinen Pfifferling kümmert.

Streiks und Ausperrungen sind zusammen 62 vorgekommen, die sich auf 487 Betriebe erstreckten und woran direkt 6721 Personen beteiligt waren. Den größten Anteil daran hatte die Bauarbeiterausperrung, von der 196 Betriebe mit 5427 Arbeitern berührt wurden; der Kampf in der Porzellan- und Wajouterindustrie ist noch nicht berücksichtigt. Von den Kämpfen in der Metall-, Maschinen- und Uhrenindustrie sind in den Tabellen folgende angeführt: Stahl- und Eisenwerke in Singen, Schraubenfabrik in Falkau und Silberwarenfabrik in Ettlingen.

Das Berichtsjahr brachte 18 neue Tarifverträge, und zwar 10 Kollektivverträge und 8 Verträge für einzelne Gewerbebetriebe. Die ersteren stellen fast ausschließlich die Erneuerung, Ergänzung und Verbesserung alter Tarife dar; die Einzelverträge dagegen bedeuten eine tarifliche Regelung der Arbeit für Fabriken, in denen bis dahin ein allgemein festgelegtes Übereinkommen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter nicht bestand, das heißt der Gedanke des Tarifvertrages hat sich im Jahre 1910 in Baden schätzbares Neuland erobert.

Bekanntlich konnten im vorigen Sommer 127 Arbeiter in Baden mit staatlicher Unterstützung die Weltausstellung in Brüssel besuchen. Unter diesen waren auch Metallarbeiter (Schlosser, Schmiede, Formler, Gießer, Spengler, Installateure, Kupferschmiede, Bijoutiers, Emailmalter, Uhrenmacher, Instrumentenmacher, Mechaniker, Metalldreher und Fräser). Es werden über ihre wirtschaftlichen Verhältnisse nähere Mitteilungen gemacht, wonach das durchschnittliche Jahreseinkommen der 127 Beteiligten je 1658 M betrug. Die Ausstellungsergebnisse der Teilnehmer hat Fabrikinspektor Dr. Wittmann in einem Bande veröffentlicht.

Auf die Verhältnisse der Arbeiter in 35 Manheimer Fabriken werden wir noch zurückkommen. Hier sei nur die im Berichte gemachte Feststellung erwähnt, daß nach den Untersuchungen des statistischen Amtes der Stadt Karlsruhe die Lebenshaltung der Bevölkerung in der Zeit von 1900 bis 1909 sich wesentlich verschlechtert hat. Es ist nämlich der Verbrauch an Fleisch von 78,1 auf 64,5 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung zurückgegangen; der Mehlverbrauch von 97,1 auf 90,8 Kilogramm und der Bierverbrauch von 215 auf 125 Liter. Der Rückgang des Bierkonsums ist kein Unglück, aber er hätte auf der andern Seite eine Verbesserung der Ernährung zur Folge haben sollen, was aber die Teuerung verhindert hat. Sie hat die Ersparnisse am Alkoholismus völlig absorbiert und darüber hinaus noch eine Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft verursacht. Das ist das Schlussergebnis einer zehnjährigen Entwicklung, ein Schlussergebnis, das eine schwere Anklage gegen das herrschende Wirtschaftssystem bedeutet.

Die Internationale Hygieneausstellung in Dresden.

III.

Wir setzen unsern im vorigen Artikel begonnenen Rundgang fort und wollen zunächst der räumlich außerordentlich großen Abteilung: Beruf und Arbeit, Technik und Maschinen einige Betrachtungen widmen.

Wenigere Wandtafeln geben Erläuterungen über die Begriffe Gifte, Fabrikgifte, chronische und akute Vergiftung, über die Aufnahmewege giftiger Stoffe und die Giftigkeit der wichtigsten giftigen Gase. Das Bestreben, die Gefährlichkeit der Beschäftigung mit diesen Stoffen möglichst milde hinzustellen, leuchtet schon aus dem im offiziellen Katalog angebotenen Zweck hervor: „Es sollte angedeutet werden, daß eine große Menge wichtiger Chemikalien der chemischen Industrie ganz oder annähernd unschädlich sind.“ Dabei genügt schon ein Blick auf die gewiß nicht „krassen“ Präparate von Säuren, Giftkernern von Arbeitern der chemischen Industrie, wie die zu verarbeitenden Stoffe, die entstehenden Gase und Dämpfe wirken.

Da heißt es dann auf einem sehr groß gedruckten Plakat: „Zur gerechten Beurteilung der vielfach übertriebenen (!) Klagen über Gefährlichkeit der Arbeiter durch die Fabrikarbeit ist stets zu bedenken, daß auch alle anderen Berufe ihre speziellen Gefahren haben.“ Es wird dann auf die im freien arbeitenden Leute: Landwirte zc. hingewiesen, die unter Erklärungen zu leiden haben, auf die Weanten zc., die unter der sitzenden Lebensweise leiden u. s. w. Wir meinen, das kann nur ein sehr magerer Trost für die Arbeiter und eine — man verzeihe den harten Ausdruck — faule Ausrede genannt werden. Es wird ferner ausgeführt, daß die Arbeiter verschiedener empfindlich gegen Gifte seien und, da Umbau der Fabriken, Luftverbesserung zc. sehr kostspielig ist, solche Arbeiter, die besonders empfindlich sind, aus den Betrieben entfernt werden müßten. Wie einfach und — menschenfreundlich! „Sehr richtig!“ meinte hinter mir, als ich diese für die Arbeiterfreundlichkeit der Unternehmer wie der Aussteller zugehenden Bemerkungen notierte, ein älterer Herr neben mir, ganz der Typus eines Fabrikanten.

In einem in Tätigkeit befindlichen Apparat wird gezeigt, wie in der Glacelebergererei das Verfahren mit einem neuen Weizpräparat, „Dropon“ genannt, wie mit „Sundelot“ wird. Bis vor kurzem wurde nämlich ausschließlich mit Sundelot gebeitet. Die Arbeit war begreiflicherweise eine wenig appetitliche und die Arbeiter standen in keinem guten Geruch. Was Wunder, daß sie beinahe angestrichelt von ihren Mitmenschen gemieden wurden. Jetzt ist nun ein Mittel gefunden von ebenjo guter Wirksamkeit, aber geruchlos. Man sollte meinen, es müßte keine Gerberei mehr geben, die das alte ekelhafte Verfahren mit Sundelot beibehält. Weit gefehlt! Wie uns von dem Vertreter der Firma mitgeteilt wurde, wird besonders von den kleinen Gerbereien ein wütender Kampf gegen das neue Verfahren geführt, während die großen Gerbereien der Branche es fast ausnahmslos eingeführt haben. Eine Großfirma, die des Ledertönigs Speil in Worms, hat sich ebenfalls noch nicht damit „befreunden“ können, wie sich der Mann vorichtig ausdrückte.

Es sind die Gefahren der Bleivergiftung durch Tabellen des hygienischen Instituts in Leipzig und durch bildliche Darstellungen nachgewiesen. So wird nachgewiesen, daß am allermeisten gefährdet von allen Berufen die Bleirohdreher sind, die 36,8 Prozent von Bleivergiftung ausweisen; es folgen die Schriftpresser mit 28,6, die Maler mit 28,1, die Buch- und Steindruckere mit 14,9, die Metall- und Zinngießer mit 12,5, die Schriftpresser mit 8,2, die Klempner mit 7,1 Prozent. Der Durchschnitt all dieser Berufe ist 18 Prozent. Die Schutzmaßnahmen sind nicht ohne Wirksamkeit gewesen; denn auf 100 Beschäftigte kamen im Jahre 1897 0,46 Erkrankungen bei den Buchdruckern, 1907 nur noch 0,28 Prozent. Man wird wohl nicht fehlgehen, wenn man auch der Wirksamkeit der guten Organisation einen wesentlichen Teil dieses Erfolges zuschreibt.

Es sind in dieser Abteilung eine Menge von Tabellen, Präparaten und Abbildungen ausgeföhrt, die schon auf der Ausstellung der Arbeiterwohlfahrtsvereinigungen in Charlottenburg zu sehen waren: Zweidmündige Raugerüche, Schutzkleidung zc. Einen großen Raum

nehmen die Wohlfahrts-Einrichtungen der Unternehmer ein. Man kann diese Ausstellungen mit Recht eine tendenziöse nennen; denn die Rehrseite wird nicht oder doch sehr unvollkommen gezeigt.

Nicht uninteressant ist eine Konfektionierung bei einer von der Firma Koppermann in Wilkau i. S. ausgestellten Abfangungs- und Transportanlage für Späne und Staub an Holzbearbeitungsmaschinen, die nur 12000 M kostete: diese hygienische Einrichtung wirkte so günstig, daß die Betriebsstrantrasse seit ihrer Aufstellung den doppelten Überschuß wie früher ergebe. Wenn nicht noch andere den Grund dazu abgibt, so beweist das, wie sehr sich derartige Einrichtungen bezahl machen und um so weniger ist zu begreifen, warum es noch so unendlich traurig in den meisten Betrieben mit der Durchführung selbst der gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen bestellt ist.

Weitere Abteilungen zeigen die Verhältnisse im Bergbau und Sittenwesen, in der Glasindustrie, der Bürsten- und Pinselherstellung mit ihren Gefahren: Erkrankung der Atmungsorgane, Krebs, Tuberkulose, Mißbrand etc.

Dann kommt ein großer Raum, in dem die Arbeiterfürsorge der bürgerlichen Gesellschaft durch Wohnungsbau zum Ausdruck kommen soll. Die verschiedenen Spar- und Bauvereine brillieren hier mit ihren Modellen. „Nein,“ sagte eine sehr elegant geleierte Dame, „was nicht alles für die Arbeiter getan wird!“ „Aber zufrieden sind sie doch nie!“ meinte ihr männlicher Begleiter im Brustton der „gerechten Entrüstung“. Der Mann hat recht, die Arbeiter wären aber zornig, wenn sie zufrieden wären. Was hier ausgestellt wird an Fürsorge- und Wohltätigkeitsversuchen, das ist ja nur die Rehrseite der Medaille. Und wie es auf der andern Seite aussieht, davon steht man allerdings wenig oder gar nichts. Dafür haben die reaktionären und arbeiterfeindlichen Mächte gesorgt.

Wir wenden uns nun der historischen und ethnographischen Abteilung zu. Ihre Räume sind immer stark bevölkert. Sie bietet in der Tat sehr viel des Interessanten und ist, wie eine Besucherin meinte, „appetitlicher“ anzusehen als die vielen schrecklichen Dinge in den bisher besprochenen Abteilungen. Wir sehen da, wie die Menschen gelebt haben in Ägypten und in Indien, in Kamerun und in Assyrien, in Griechenland und in Rom. Alte mit Hieroglyphen bedeckte Steinplatten geben interessante Kunde aus dem Altertum, denn die Übersetzung ist sehr vernünftigerweise durch Schriftgelehrte erfolgt und hängt daneben. Alte und zweifellos sehr wertvolle Papyrusrollen, die freilich nicht überseht sind, geben uns ein Beispiel für die Tatsache, daß schon vor tausenden von Jahren einzelne Völker in der Intelligenz so fortgeschritten waren, daß sie getrockneten Kulturobjekten unserer Zeit an die Seite gestellt werden könnten. Klassisch schöne Bildwerke der alten Ägypter zeigen die Blüte der Künste aus der alten Heroenzeit der Hellenen. Und wir sehen da Totenschreine der alten Ägypter, die Mumien, die tausende von Jahren alt sind, die „Lärme des Schweigens“ der Parfen, in denen diese ihre Toten niederlegten, um sie von den Seibern zu retten zu lassen. Die Pyramiden, diese mit unendlichen Opfern an Menschenleben und Menschenglück erbauten Grabkammern der Pharaonen, sind plastisch dargestellt. In einer großen Anzahl von Modellen sind die Badeanstalten der Römer, die Thermen, vorhanden, die riesigen Wasserleitungsanlagen. Auch das Wohnungswesen wird an Modellen von den Ausgrabungen in Pompeji gezeigt, ebenso das Latrinwesen, das schon im alten Rom verhältnismäßig vorzüglich durchgeführt war.

Wiel Interessantes ist an Kleidung der alten Völker vorhanden. Wir sehen da, wie die Torheit des Schmürens schon die römischen und griechischen Frauen vom fünften Jahrhundert qualte, während vor dem das lose fließende Gewand bequem und edel den menschlichen Körper der Frau wie des Mannes umwallte. Diese feste Brustbinde verbandelte sich bei den Frauen Germaniens sogar in einen richtigen Eisenpanzer, wie ein solcher aus Bronze zeigt. Der Sport wurde im alten Rom und wohl noch mehr in Griechenland, dem klassischen Lande der Körperpflege, sehr eifrig betrieben, wie man in der Ausstellung an zahlreichen Bildern sehen kann. Das deutsche Mittelalter ist in Wohnung, Kleidung, Babewesen, Feiernpflege etc. anschaulich geschildert. Als Kuriosum erwähnen wir zwei Reuschheitsgürtel, die jeden geschlechtlichen Verkehr „vor der Zeit“ verhindern sollten.

Die ethnographische Abteilung schildert Sitten und Gebräuche, Wohnung und Leben der sogenannten primitiven Völker aller Himmelsphären: Neger, Malaien, Eskimos und Hottentotten. Besonders angezogen hat man sich bei der Schilderung der deutschen Kolonien. Natürlich hat man sich geschickt, etwa die Kulturdaten der Pioniere Leitz und Wehlau, die Zwangsarbeit, die Alkoholverfeuerung etc. zu schildern.

Sehr instruktiv ist die Abteilung Infektionskrankheiten für Ärzte und Studenten. Ein großer Raum ist der Hygiene gewidmet: die Malaria, Schlafkrankheit, das Rüstfieber, die Hautkrankheiten, wie Beri-Beri, die durch Genuß von nicht genügend gereinigtem Reis entsteht. Sie zeigen uns, daß das Leben in den Kolonien für Europäer mit großen Gefahren verknüpft ist, daß aber auch die Eingeborenen, zumal wenn sie zu harter Arbeit bei viel leicht ungenügender Ernährung gezwungen sind, schwer gefährdet sind.

Vor kurzem ist noch eine sehr wichtige Abteilung eröffnet worden, die der Statistik gewidmet ist. Sie hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Bedeutung der Hygiene im öffentlichen Leben an der Hand von zahlenmäßigen Nachweisen der Allgemeinheit vor Augen zu führen. In dem ersten Teil dieser Gruppe wird aus dem Gebiete der Bevölkerungsstatistik die Entwicklung der Bevölkerung nach Alter und Beruf, die Sterblichkeit nach Alter und Geschlecht, Familienstand, Beruf, Wohlhabenheit, Wohnungsverhältnissen, Wohnort, Jahreszeit und Klima dargestellt. Weiter — und das ist wohl der Zweck dieser Abteilung — werden die Kosten der öffentlichen Gesundheitspflege, besonders in den Städten, aufgezählt.

Eigentlich gehört hierzu eine in der Halle der Menschen untergebrachte kleine Abteilung. Nach dieser betrug die mittlere Lebensdauer in Schweden 68, in Frankreich 47, in England 46, in Italien 43 und in Deutschland 42 Jahre. Dabei haben nach den Tabellen die Frauen eine viel günstigere Lebenserwartung in einem bestimmten Alter als die Männer, trotz der Gefahren der Schwangerschaft und Geburt. Es wird dieser Umstand begründet damit, daß „die Frauen solider leben als die Männer“. Daß das eine besonders wissenschaftliche Begründung wäre, kann man wohl nicht sagen. Aber an solchen kategorischen Konstatierungen ist ja die Ausstellung reich.

Einige weitere interessante Statistiken sind die folgenden: Der Arbeiter gibt den größten Teil seines Einkommens für Wohnung aus, der Privatangestellte und Lehrer sowie der Beamte für Kleidung und Sonstiges.

Auf dem Lande lebten 1871 in Deutschland 26 Millionen, in der Stadt 14 Millionen, 1900 lebten auf dem Lande 26, in der Stadt 90 Millionen. Der ganze Bevölkerungszuwachs ist also in die Stadt geflossen.

Von einem 70 Kilogramm schweren Menschen kommen 43,5 Prozent auf Muskeln, 19 auf Eingeweide, 17,8 auf Haut und Unterhautfettgewebe, 17,5 auf Knochen und 2,2 auf Gehirn. Das sind so etliche statistische Angaben, die zwar ganz interessant sind, aber doch an sich mit der Hygiene nicht allzuviel zu tun haben.

Die Hallen für Nahrung und Kleidung dienen in der Hauptsache dem Reklamebedürfnis. Sie sind aber auch insofern sehr lehr-

reich, als an einer großen Reihe von Präparaten der Unterschied von gefunden und gesundheitsgefährlichen Waren gezeigt wird. Von der vielfachen Gefährdung der menschlichen Gesundheit durch den Fleischgenuß zeugen zahlreiche Präparate und Abbildungen. Von großer Bedeutung für die Ernährung besonders der Kinder ist die Milchverfälschung der Städte. In mehreren Gemeinden ist Vorsorge getroffen worden für einwandfreie Kindermilch durch Einrichtung gemeindlicher Milchverfälschungsanstalten. Es werden Einrichtungen gezeigt der Städte Duisburg und Malmö. Die physikalischen, chemischen, biologischen und bakteriologischen Untersuchungsverfahren, die der Milchhygiene dienen, werden in einem vom kaiserlichen Gesundheitsamt gestellten Laboratorium ausgeführt.

Zur Nahrungsmittelkontrolle ist ein vollständiges Laboratorium aufgebaut, dessen Apparate zur Untersuchung fast jedes Nahrungsmittels zusammengestellt werden können. Eine Wandkarte zeigt die Verteilung der Nahrungsmitteluntersuchungsämter in Deutschen Reich, denen die öffentliche Überwachung des Verkehrs mit Nahrungsmitteln übertragen ist. Wie ungeheuer die Verfältschung der Nahrungsmittel zunimmt, ist in dem Pavillon Österreichs an einer Tabelle zu sehen, in der die in Wien konsumierten Mengen der Nahrungsmittel aufgeführt werden. Im Jahre 1909/10 wurden danach konsumiert: 49800 Zentner Fleisch und Fleischwaren, 35500 Zentner Wildbret und Geflügel, 18800 Zentner Fleisch von Wildbret und Geflügel, 28400 Zentner Fische und Krebse, 50000 Ztr. Milch und Milchprodukte, 6000 Zentner Fettwaren, 195000 Kilogramm Obst und Obstkonerven, 140000 Kilogramm Süßfrüchte, 125000 Kilogramm Gemüse und Konerven, 18600 Pilze.

Man kann sich nach diesen Angaben einen Begriff machen, was an gefälschten Nahrungsmitteln in den Handel gebracht wird.

In dieser Abteilung hat sich auch die Reklame für die Bierindustrie breitgemacht. Die deutsche Brauereiwirtschaft, die das Braueriekapital repräsentiert, hat sich was kosten lassen, um der allerdings etwas kraß aufgemachten Ausstellung der Antialkoholvereine in der gegenüberliegenden Halle entgegenzuwirken. Besonders geschmacklos empfand man ein Bild, das die Guttempler ausgestellt haben: einen neben seiner hingefallenen Schnapsflasche liegenden Betrunknenen (es soll wohl ein Maurer sein), daneben steht das jammernde Weib und die Kinder.

Dem Sport ist eine große Halle und ein großer Sportplatz gewidmet. In ersterer ist alles, was nur irgendwie mit Sport und Spiel zusammenhängt, gezeigt, auf letzterem werden eine ganze Reihe von Wettkämpfen sportlicher Art gegen besonderes Entree gezeigt. Auch eine große Schwimmhalle mit durch Maschinen hervorgerufenen künstlichen Wellen, in denen die weiblichen und männlichen Besucher dem Schwimmsport huldigen können, ist vorhanden.

Eine Halle ist der Krankenfürsorge und dem Rettungswesen gewidmet. Hauskrankenpflege, Gemeindepflege und Krankenfürsorge, ambulante Krankenbehandlung in den Polikliniken kommt darin zur Darstellung. Besonders stark sind dabei die Peeres- und Marinehygiene berücksichtigt.

Die Schattenseiten unserer Gesellschaft treten kraß in der Gefangenenfürsorge hervor.

Eine lange Reihe von Pavillons, die ja wohl, wenn die Ausstellung zu Ende geht, alle eröffnet sein werden, säumen die prächtige Herkulesallee, jetzt Straße der Nationen genannt. Ein besonderes Eingehen auf diese erübrigt sich. In den meisten wiederholt sich dasselbe in engerem Rahmen und eng beisammen, was in den großen Hallen gezeigt wird. Frankreich und Italien haben nicht einmal Übersetzungen der Aufschriften gegeben. Und da nicht jeder Deutsche ein Philologe ist, so ist, da die meisten Ausstellungsgegenstände aus Tabellen etc. bestehen, nicht viel davon zu profitieren. Dekorativ wirken besonders Japan und Frankreich. Nach ihrem wissenschaftlichen Wert stehen zweifellos die österreichische und die ungarische Ausstellung an erster Stelle.

Natürlich ist damit noch nicht alles ausgeführt, was es in der Hygieneausstellung gibt. Wir erwähnen nur die Anlage für Kleinwohnungen, ein Mustergut, in dem die Produkte von feuchtem Rindvieh genossen werden können, ein Krematorium, eine Waldschule etc.

Es ist ungeheuer viel angehäuft in dieser Ausstellung, deren Gelände größer ist als das der Brüsseler Weltausstellung. Alles, was noch so entfernt und gewaltig sich mit dem Gedanken der Hygiene in Zusammenhang bringen läßt, ist herangeführt worden. Wirklich wird auch dadurch ein Anstoß gegeben auf diesem oder jenem Gebiet der Gesundheitspflege. Um so schlimmer, daß man die mächtigste Bewegung zur Förderung der Kultur und damit der Hygiene, die über zwei Millionen deutscher Arbeiter umfaßt und die mehr zu ihrer Förderung getan hat, als die übrigen Faktoren durch Ausstellungen etc. zusammengekommen, aus geschlossenen hat dem Kapitalismus zuliebe, dem schlimmsten Feinde aller Volksgesundheit.

Die kläglichen evangelischen Arbeitervereine können sich in der Hygieneausstellung breitmachen, trotzdem sie nichts weniger als eine hygienisch und kulturell wirkende Vereinigung sind, der mächtigsten deutschen Kulturbewegung verweigerte man das Gastrecht. Das bleibt ein Schandfleck dieser ersten Hygieneausstellung. m.

Die Entwicklung der Metallindustrie in Rußland.

Die größte Schwierigkeit, auf die man immer wieder stößt, wenn man über die sozialen und ökonomischen Verhältnisse Rußlands schreiben will, ist ein fataler Mangel an zuverlässigen und gut bearbeiteten statistischen Material. Dies trifft in vollem Maße für das Thema zu, dem der gegebene Artikel gewidmet ist. In Rußland gab es bis jetzt keine einzige Berufszählung, die mit nötiger Genauigkeit die Zahl der Betriebe der Metallindustrie, die der darin beschäftigten Arbeiter, die Verteilung der Betriebe nach Gewerbestufen u. s. w. feststellen könnte. Deshalb sind wir genötigt, uns der Angaben der Volkszählung von 1897 und einer speziellen amtlichen Untersuchung über die Zahl der Industriearbeiter in Rußland von 1902 zu bedienen. Die darin enthaltenen Zahlen sind zwar ziemlich spärlich und veraltet und nicht absolut zuverlässig, sie sind jedoch das einzige statistische Material, das wenigstens ein annäherndes Bild über die gegenwärtige Entwicklung der Metallindustrie in Rußland gewähren läßt.

Nach der Volkszählung von 1897 betrug die Zahl der russischen Metallarbeiter rund 600.000. Seit der Zeit sind 14 Jahre verstrichen, da aber das erste Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts in der russischen Metallindustrie im Zeichen der schweren ökonomischen Krise stand, gilt diese Zahl in großen und ganzen auch für heute. Mit anderen Worten: die Metallarbeiterschaft bildet circa 20 Prozent des gesamten industriellen Proletariats Rußlands und nimmt in der Reihe der Arbeiterindustriegruppen den zweiten Platz ein. Die erste Stelle gehört den Arbeitern der Textilindustrie, die 33 Prozent der gesamten Arbeitererschaft ausmachen.

Es versteht sich von selbst, daß die geographische Verbreitung der Metallindustrie in verschiedenen Teilen Rußlands sehr ungleichmäßig ist. Wohl sind fast überall im Lande Metallindustriebetriebe und Metallarbeiter vorhanden, es gibt aber drei große Gebiete, wo diese Industrie sich hauptsächlich konzentriert. Diese Gebiete sind:

Petersburg mit seiner Umgebung, Ural (die Gouvernements Perm, Ufa, Wjatka und Orenburg) und Südrußland (die Gouvernements Zekaterinoslaw, Charkow, Cherson und Don). Dort befinden sich die wichtigsten Metallindustriebetriebe und es lebt dort der überwiegende Teil — über zwei Drittel — der gesamten Metallarbeiterschaft. Außerdem ist noch eine erhebliche Zahl solcher Betriebe im Moskauer und Wolgaer Gebiet, in den Ostprovinzen (Wiga), im Kaukasus und in Russischpolen vorhanden. Von einigen Ausnahmen abgesehen kann man also behaupten, daß die russische Metallindustrie ihre Verbreitung hauptsächlich auf der Peripherie des Reiches findet, dagegen ist sie in Zentralrußland nur sehr wenig vertreten.

Die kapitalistische Entwicklung Rußlands ist im allgemeinen noch sehr jung, sie zählt kaum fünf Jahrzehnte, von denen dabei nur die drei letzten in allererster Linie in Betracht kommen. Die Geschichte der Metallindustrie bestätigt in vollem Maße diese Behauptung. In der Tat fällt die Zeit des mächtigsten Fortschritts auf diesem Gebiet auf die Jahre 1880 bis 1900. Nach einer Zusammenstellung des Finanzministeriums von 1900 wurden von den 1880 größeren Betrieben der Metallindustrie gegründet: bis 1880: 672 (40 Prozent), 1880 bis 1890: 351 (21 Prozent), 1890 bis 1900: 651 (39 Prozent). 60 Prozent aller Betriebe sind also in den letzten 20 Jahren des vorigen Jahrhunderts entstanden. Die naturnotwendige Folge dieser Entwicklung war weit größer als in allen übrigen europäischen Staaten: das Vorherrschende des Groß- und Riesenbetriebs. Wir besitzen leider keine zuverlässigen Angaben über die Verteilung sämtlicher Betriebe der Metallindustrie nach den Größenklassen, wir haben eine genaue Statistik nur über die Größe der sogenannten Riesenunternehmungen mit über 1000 beschäftigten Arbeitern. Diese Statistik gibt aber eine genügende und eindrucksvolle Vorstellung von der mächtigen Konzentration der Produktivkräfte in der Metallindustrie Rußlands. Nach der Untersuchung von 1902 betrug die Zahl der Riesenbetriebe 158 mit zusammen 424.000 Arbeitern. Die Betriebe waren nach der Größe:

Größe	Zahl der Betriebe	Zahl der Arbeiter
1 bis 2000 Personen	88	119.000
2 = 5000	61	186.000
5 = 10000	10	72.000
über 10000	4	47.000
Zusammen	158	424.000

Aus dieser Tabelle ergibt sich nun, daß nicht weniger als 70 Prozent aller russischen Metallarbeiter in den Riesenunternehmungen mit über 1000 Personen beschäftigt sind, und daß diese Riesenbetriebe nicht selten eine wirklich enorme Größe erreichen. Es genügt, den Leser nur auf vier Deviatanbetriebe mit über 10000 Arbeitern aufmerksam zu machen. Diese vier Betriebe sind: Putilowschwert (Petersburg), Sormoroschwert (Nischni-Nowgorod), Jusowshwert und Südrussisches Werk (Zekaterinoslawgouvernement). Um den Konzentrationsgrad der russischen Metallindustrie vollständig würdigen zu können, muß man in Betracht ziehen, daß in Deutschland die Zahl der Metallarbeiter, die in Riesenunternehmungen, das heißt in den Unternehmungen mit über 1000 Arbeitern beschäftigt sind, nur circa 20 Prozent erreicht. Diese Zahlen bestätigen also, daß die Konzentration der Betriebe in der Metallindustrie in Rußland eine weit größere ist als in Deutschland. Im Zusammenhang mit dem großkapitalistischen Charakter der russischen Metallindustrie steht noch die interessante Tatsache: der überwiegende Teil der Riesenbetriebe in diesem Gewerbegebiet ist außerhalb der Städte gelegen. Von 158 Unternehmungen dieser Art mit zusammen 424.000 Arbeitern befinden sich in den Städten nur 45 mit 125.000 beschäftigten Personen, dagegen sind 113 Betriebe mit 299.000 Arbeitern in den ländlichen Gegenden gelegen.

Wie schon erwähnt, konzentriert sich die russische Metallindustrie hauptsächlich in den drei genannten Gebieten. Von den in Frage kommenden 158 Riesenunternehmungen entfallen 111 (70 Prozent) mit zusammen 311.000 (73 Prozent) Arbeitern auf diese drei Metallindustriegebiete und sie verteilen sich auf sie wie folgt:

Uralgebiet	Zahl der Betriebe	Gesamtzahl der Arbeiter	Durchschnittszahl der Arbeiter pro Betrieb
Uralgebiet	70	181.000	2586
Südrußland	26	80.000	3077
Petersburg	15	50.000	3338
Zusammen	111	311.000	2800

Wie aus diesen Zahlen zu ersehen ist, steht das Uralgebiet nach den absoluten Zahlen der Betriebe und der darin beschäftigten Arbeiter an der Spitze. Es ist aber zu bemerken, daß gerade die Uralbetriebe in bezug auf ihre technische Einrichtung, Produktionsmenge u. s. w. noch auf einer sehr niedrigen Stufe stehen; die Schuld daran trägt ihre eigentümliche Geschichte. Diese Unternehmungen sind Staatsbesitz, werden aber an Privatunternehmer verpachtet. Sie entstanden noch vor der Bauernbefreiung, ihre ersten Arbeiter waren Leibeigene. Nach der Aufhebung der Leibeigenschaft 1861 wurde der Betrieb mit den befreiten Arbeitern weitergeführt. Dabei wurden die Unternehmer durch den Staat verpflichtet, den in ihren Werken beschäftigten Personen stets eine genügende Arbeitsgelegenheit zu gewähren. Falls die Unternehmer nicht imstande sein würden, diese Bedingung zu erfüllen, so kämen die Betriebe wieder in die Hände des Staates, und jeder Arbeiter erhielte dann ein Stück Grund und Boden. Diese veralteten, in schroffem Widerspruch mit dem Geiste des Kapitalismus stehenden Verhältnisse hinderten selbstverständlich eine normale Entwicklung der Uralindustrie und sind schuld an ihrer technischen Rückständigkeit. Im Gegensatz zum Ural trägt Südrußland auf dem Gebiet der Metallindustrie einen ganz modernen Charakter. Dort befinden sich die bestingerichteten Betriebe, es finden darin alle Neuerungen und Erfindungen der Technik Anwendung, und es entwickelt sich dort am mächtigsten der moderne Kapitalismus in seinen krafftesten und raffiniertesten Formen. Und das ist kein Wunder: die sibirische Metallindustrie entstand in den letzten 20 bis 25 Jahren unter starker Wirkung der westeuropäischen Einflüsse. Das ausländische — in allererster Linie das belgische und das englische — Kapital, das eine so große Rolle in der wirtschaftlichen Entwicklung Rußlands überhaupt spielt, steckt vor allem in den riesigen Metallindustriebetrieben des sibirischen Gebietes. Viele große Unternehmungen dieser Art wurden dort von den ausländischen Firmen gegründet und geleitet, ihr ganzer Verwaltungsapparat und sogar ein Teil der Arbeiter wurden aus England und Belgien dahin befördert. Und das westeuropäische Kapital brachte begreiflicherweise alle technischen Erfindungen der neuen Zeit und der Wissenschaft mit ins Land.

Jede Industrie braucht ein Absatzgebiet für ihre Erzeugnisse. Die russische Metallindustrie hat ein solches fast ausschließlich innerhalb der Grenzen des nordischen Riesenreiches. Sie ist noch zu jung und zu schwach, um mit den mächtigen Metallindustrien Deutschlands, Englands und anderer Kulturländer auf dem Weltmarkt konkurrieren zu können. Deshalb ist die Ausfuhr der Erzeugnisse der Metallindustrie aus Rußland sehr gering. Die Metallindustrie ist auf den inneren Markt angewiesen und hat ein starkes Interesse daran, daß der Wohlstand der breiten Massen der Bevölkerung und die Finanzen des Staates immer im Steigen begriffen sind. Es ist nicht zu vergessen, daß die staatlichen Bestellungen eine sehr große Bedeutung für diesen Zweig der russischen Industrie haben. Die Riesenwerke von Petersburg, im Ural und Südrußland stellen in erster Linie

Ranonen, Panzerplatten, Kriegsschiffe, Geleise, Eisenbahnwagen, Lokomotiven u. s. w. her, alles dies wird an den Staat abgeliefert und vom Staate bezahlt. (Der überwiegende Teil der russischen Eisenbahnen ist Staatsbesitz.) Die Herstellung von Maschinen, gewerblichen und landwirtschaftlichen Werkzeugen und dergleichen Erzeugnissen für Privatverbraucher kommt erst in zweiter Linie in Betracht. Dadurch gerät die russische Metallindustrie in eine große Abhängigkeit von der Regierung, und es ist zweifellos kein Zufall, daß gerade die Metallindustriellen eine der reaktionärsten Gruppen in den Reihen der russischen Unternehmer sind.

Der Gesamtwert der Erzeugnisse der russischen Metallindustrie wurde 1900 auf 804 Millionen Mark geschätzt. Infolge der ökonomischen Krise blieb die Produktion innerhalb der letzten zehn Jahre im großen und ganzen stabil, so daß die angeführte Zahl auch den heutigen Zustand ziemlich richtig wiedergibt. In der allerletzten Zeit begann die Lage der Metallindustrie in Rußland sich etwas zu bessern. Die innere „Beruhigung“ des Landes, zwei gute Ernten (von 1909/10), die Inangriffnahme der großen Eisenbahnbauten in Sibirien (Amur- und im europäischen Rußland, der Bau neuer Kriegsschiffe, endlich die steigende Konjunktur auf dem Weltmarkt — alles dies alles für die russische Metallindustrie nicht wirkungslos und tief darin eine deutliche Belebung des Geschäftsganges hervor. Wie weit dieser industrielle Aufschwung stark und andauernd sein wird, läßt sich im voraus nicht sagen. Es ist aber zu hoffen, daß die beginnende Prosperitätsperiode große wirtschaftliche Erfolge auch diesem Zweig der russischen Industrie bringt und daß dadurch eine ökonomische Voraussetzung für den siegreichen Kampf der russischen Metallarbeiter um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen geschaffen wird.

W. Maistry.

Die Verkürzung der Arbeitszeit in Frankenthal.

Als im Jahre 1907 nach monatelangem Hin- und Her der Verband der Metallindustriellen Baden und der Pfalz in Verhandlungen mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband eingewilligt hatte, seinen Mitgliedern zu „empfehlen“, längstens bis zum 1. Januar 1908 die neuneinhalbstündige Arbeitszeit einzuführen, dachten die Metallarbeiter dieses Industriegebietes, nun durchgehend mindestens die 57-Stundenwoche zu erhalten. Doch die Arbeiter dachten und der Industriellenverband — „empfohl“. Die Fabrikanten in Frankenthal dachten gar nicht daran, dem Vereinbarten nachzukommen, sie erklärten, die Zusagen, die der Vertreter ihres Ortes bei den Verhandlungen gemacht habe, seien ohne Rücksprache und Verständigung mit ihnen erfolgt und sie seien nicht in der Lage, die Arbeitszeit zu verkürzen. Beschwerten bei dem Metallindustriellenverband wurden einfach mit dem Hinweis abgetan, daß man keine Macht habe, Mitglieder, die nicht wollen, zur Arbeitszeitverkürzung anzuhalten; daß man dies auch nicht zugefagt habe, sondern daß man sich nur bereit erklärt habe, den Mitgliedern die Einführung der verkürzten Arbeitszeit zu „empfehlen“. Für uns war dieser Vorgang ja sehr lehrreich für künftige Fälle, aber zur damaligen Zeit war herzlich wenig damit anzufangen; denn in Frankenthal war eine so schlechte Konjunktur, daß von den Kollegen sich keiner einfallen ließ, auf die Einhaltung der „Empfehlung“ mit allen Nachmitteln der Organisation zu drängen.

Doch die Zeit wurde besser und nun dachten auch die Frankenthaler Kollegen wieder an das, worauf sie schon über drei Jahre warteten, auf eine zeitgemäßere Arbeitszeit. Am 18. Mai fand eine Versammlung statt, die einen Beschluß aufwies, wie ihn noch keine Versammlung irgend einer Art dort aufzuweisen hatte, und einstimmig wurde die Ortsverwaltung und Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes beauftragt, den Wünschen der Arbeiter Gehör zu verschaffen. Die Arbeiterausschüsse reichten dann am 20. Mai den Unternehmern die entsprechenden Vorschläge ein. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband teilte am gleichen Tage die Sache den Industriellen mit und bekräftigte mit dem Gesuch um Verhandlungen über die Angelegenheit die Verkürzung der Arbeitszeit. Das Resultat war, daß man den Arbeiterausschüssen erklärte, nichts genehmigen zu können und daß man unsern Verbände nicht einmal den Eingang seiner Zuschrift beistimmte, geschweige denn die Bereitschaft zu Verhandlungen erklärte. Gewiß bezeichnend für den auch außer Mannheim genug bekannt gewordenen Sekretär der Industriellen Dr. Moebius.

Die Arbeiterschaft reichte daraufhin die Kündigung ein, und wohl selten dürfte so einmütig an einem Orte getätigt worden sein, wie in Frankenthal. Nun gab es sehr rasch Verhandlungen, bei denen zwar erst nichts zugefagt werden sollte, dann aber gab man die Woche 1 1/2 Stunden zu und noch später, am 7. Juni, erklärte man sich bereit, vom 1. Juli an die Arbeitszeit um 1 1/2 Stunden zu verkürzen und vom 1. Januar 1912 an die 57-Stundenwoche einzuführen. Zugleich wurde vereinbart, daß wenn diese Angelegenheit von den Arbeitern nicht abgelehnt werden, mit Ausschluß der Kündigung bis zum 12. Juni weitergearbeitet werden und daß dann nochmals unter Hinzuziehung von Arbeiterausschüßmitgliedern verhandelt werden solle, um auf gütlichem Wege doch noch eine Verständigung zu erzielen. Am 9. Mai nahm die Arbeiterschaft Stellung zu der Sache. Die Versammlung fand im freien Saal, dem Frankenthaler hat keinen Saal, in dem 2000 bis 2500 Personen Platz hätten, die zur Entscheidung gekommen waren und die die gewünschte Zustimmung verwarfen. Die Verhandlungen am Montag des 12. Juni zeigten uns nachträgliches Resultat, das in einer noch viel später beschriebenen Versammlung einstimmig angenommen wurde. Damit war der Friede erreicht und durch jenes Zusammenhalten ein sehr erfreulicher Erfolg für die Frankenthaler Metallarbeiter erzielt. — Die getroffene Vereinbarung lautet:

1. Die Frankenthaler Mitglieder des Verbandes der Metallindustriellen Baden, der Pfalz und angrenzender Industriegebiete & Co. und die Schnellpressfabrik Frankenthal, Albert & Co. in Frankenthal sind mit einer effektiven Arbeitszeit von 9 1/2 Stunden täglich, bezugsweise 57 Stunden wöchentlich einverstanden. Frühstunden und Späternachmittag sind in diese Zeit nicht einzubeziehen.
2. Die gegenwärtige Arbeitszeit bleibt bei jeder Stille in bisheriger Weise bis 30. September 1911 bestehen, jedoch wird in allen Betrieben in der Zeit vom 3. Juli bis 30. September dieses Jahres ein Samstag nachmittags unter Weglass der Belegschaft 1 1/2 Stunden früher aufgesetzt.
3. Vom 2. Oktober 1911 an wird in allen Betrieben an den ersten fünf Tagen der Woche gearbeitet: von 6 1/2 bis 12 Uhr, und von 1 1/2 bis 6 1/2 Uhr; von 6 1/2 bis 6 1/2 Uhr und von 4 bis 4 1/2 Uhr findet je eine Pause statt. Am Samstag wird unter Weglass der Belegschaft um 4 1/2 Uhr aufgesetzt.
4. Mit Eintritt der Verkürzung der Arbeitszeit werden die Stundenlöhne im Verhältnis der Verkürzung erhöht. Die Arbeiter haben darüber zu entscheiden.

Frankenthal, den 12. Juni 1911.
 Kranzer,
 Vorsitzender der Ortsgruppe Frankenthal des Verbandes der Metallindustriellen.
 Karl Borßinger,
 Bezirksleiter vom 9. Bezirk des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.
 Zugleich wurde auch noch eine Verständigung dahin erzielt, die Industriellen und wir bei der Eisenbahnverwaltung wegen Verlegung

der Züge eine Eingabe machen, damit die Arbeiter die verlängerte Mittagspause zur Heimfahrt benutzen können.

Nun hätten wir zur Sache selbst eigentlich nicht mehr viel zu bemerken. Die Industriellen, die bei Beginn der Bewegung ja sehr starken Widerstand entgegensetzten, waren bei den Verhandlungen trotz ihrer Gegnerschaft in jeder Weise anständig und korrekt und es ist nur zu wünschen, daß diese Gruppe des dortigen Metallindustriellenverbandes den zum ersten Male eingeschrittenen Standpunkt des direkten Verhandeln von Organisation zu Organisation beibehält. Es wird dann künftig manche unangenehme Sache leichter erlitten werden können als bisher.

Etwas dürfen wir jedoch nicht vergessen: die schwarzgelben „Christlichen“. Diese haben in ganz Frankenthal, wenn es hoch kommt, unter den dreitausend Arbeitern der Metallindustrie ganze zwölf Mitglieder. Deshalb kamen sie an einem Samstag zusammen und fasten am 2. Juni (nachdem die Kündigungen eingereicht waren) folgende Resolution:

„Das Bestreben um Verkürzung der Arbeitszeit erkennen die Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes als berechtigt an; sie sind bei Erfüllung aller notwendigen Voraussetzungen bereit, für die Durchführung der Forderung einzutreten. Sie verurteilen jedoch das durchaus einseitige, ungenügend vorbereitete und eingeleitete Vorgehen des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes und behalten sich in allen Stadien der von diesem eingeleiteten Bewegung vor, geeignete Maßnahmen selbständig zu treffen.“

Damit hatten sich die sauberen „Christlichen“ wieder einmal ihrer Meinung nach die Freiheit zum Streikbruch gesichert. Davon, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband schon seit Februar in Sitzungen der Arbeiterausschüsse und der Vertrauensleute die Sache erörtert, die Durchführung der Bewegung erwogen hatte, konnten diese Schwarzgelben ja nichts wissen, aber nicht unbekannt konnte ihnen sein, daß in der Turnhallenversammlung am 18. Mai von dem Versammlungsleiter wiederholt anwesende Gegner, besonders Mitglieder anderer Gewerkschaften aufgefordert worden waren, sich zum Worte zu melden, und daß gefragt wurde, ob sie gegen die Bewegung und ihre Durchführung etwas einzuwenden haben. Davon mußte diese Gesellschaft wissen, aber trotzdem faste sie eine solche Resolution, die den Weg zum Streikbruch freimachen sollte. Nun, wir gönnen den „Christlichen“ des Mannheimer Industriegebietes einmal einen solchen „Versuch“, einen zweiten machen sie dann gewiß nicht mehr in der Metallindustrie. Das Verhalten der „Christlichen“ in Frankenthal ist fast so hübsch, wie das ihrer Konsorten in Göttingen, wo die „Christlichen“ unter 150 Streikenden — sage und schreibe — zwei ganze Mitglieder haben, die den „Beschluß“ faßten, das Gewerbegericht als Einigungsamt anzuerkennen. Hier muß man den alten Fritz variieren und schon sagen: „Mit denen schlägt man sich nicht, solches Gefindel läßt man abheißt liegen.“

Zu dieser Ansicht sind auch unsere Kollegen in Frankenthal gekommen, weil sie eingesehen haben, daß die Geschlossenheit in ihrer Organisation, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, ihre sicherste Waffe war in ihrem diesmaligen Kampfe um Verbesserung ihrer Verhältnisse. Und die nötigen Maßnahmen werden sie wohl auch für die Zukunft zu ziehen wissen.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine

hielt vom 19. bis zum 21. Juni im Volkshaus zu Leipzig seinen achten ordentlichen Genossenschaftstag ab. Über 800 Delegierte nahmen an ihm teil.

Am 19., nachmittags 4 Uhr, wurde eine in den Nebenräumen des Volkshauses aufgebauten konsumgenossenschaftliche Ausstellung durch Herrn Lorenz mit einer kurzen Ansprache eröffnet. Es ist bekannt, daß die Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes ursprünglich die Absicht hatten, sich an der internationalen Hygieneausstellung in Dresden zu beteiligen. Die Art und Weise, in der den Gewerkschaften die Beteiligung an der Ausstellung unmöglich gemacht wurde, veranlaßte jedoch auch die Konsumvereine, ihre Zusage, sich zu beteiligen, zurückzuziehen. Um die Vorarbeiten, die damals bereits gemacht waren, nicht vergeblich gemacht zu haben, wurde beschlossen, eine genossenschaftliche Ausstellung in Leipzig zugleich mit dem Genossenschaftstage zu veranstalten.

Im geschmückten dekorierten Saale des Volkshauses wurde abends 7 1/2 Uhr der Genossenschaftstag mit Musik und Chorgesang eröffnet. Der Vorsitzende Max Radefiock (Dresden) begrüßte die Eröffnungsrede und richtete an die Delegierten befreundeter Genossenschaftsverbände freundliche Worte des Willkommen. Ausser ausländischen Genossenschaftsvertretern waren noch Vertreter mehrerer Gewerkschaften und Genossenschaftsverbände als Vertreter der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands anwesend. Den zweiten Gegenstand der Tagesordnung bildete das Thema: „Der Beitritt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zum Internationalen Genossenschaftsbunde.“ Der Generalsekretär Kaufmann erläuterte den Vorschlag des Vorstandes, dem internationalen Bunde beizutreten, worauf dementsprechend einstimmig beschlossen wurde. Die Beiträge werden auf die Zentral-Kasse überwiesen.

Am Dienstag den 20. Juni, dem ersten eigentlichen Verhandlungstage, erbatte der erste Vorsitzende Radefiock (Dresden) den Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes im Jahre 1910. Die Zahl der Verbände betrug von 1114 auf 1151, ihre Mitgliederzahl vermehrte sich von 1068542 auf 1181360, der Umsatz hatte einen Wert von 422866402 M gegenüber 382066781 M im Jahre 1909, der Wert der in Eigenproduktion hergestellten Waren betrug 66061921 M, während im Jahre 1909 dieser wichtige und bezeichnende Posten in der Bilanz des Verbandes 53421034 M aufwies. Man sieht, daß alle Schwierigkeiten, die der Konsumgenossenschaftsbewegung in so reichlichen Maße in den Weg gestellt wurden, ihre erste und wichtigste Aufgabe nicht zu hindern vermögten. Der Redner schloß mit die Geschäfte des Vorstandes im Vorjahre, ließ die gefassten Beschlüsse Revue passieren und behandelte die Hauptereignisse im Verbandsleben, gleichzeitig ihre Bedeutung charakterisierend.

Darauf behandelte der Generalsekretär Kaufmann in seinem Bericht zunächst die Fragen, die mit der Schaffung des genossenschaftlichen Arbeitsverhältnisses im Zusammenhang stehen und gab dabei einen Überblick über alle hierzu gehörenden Beschlüsse und Verhandlungen, die seit Bestehen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine erforderlich waren, um das genossenschaftliche Arbeitsverhältnis begründend zu gestalten. Die abgelaufenen Jahre waren nicht frei von Schwierigkeiten und Fortschritten, die das an sich unangenehme gute Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften trübten. Speziell hervorzuheben ist das Verhältnis zwischen beiden Seiten jetzt das beste, was ja unter anderem bewiesen wird durch die Vereinbarungen zwischen der General-Kommission der Gewerkschaften und dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine, die bereits auf dem vorjährigen Genossenschaftstag in München befristet wurden. Von gewerkschaftlicher Seite werden sie auf dem in nächster Woche in Dresden stattfindenden Genossenschaftstages erst beschlossen werden müssen, doch ist es wohl zweifellos, daß sie gebilligt werden; die Konsumgenossenschaft der Gewerkschaften, zu der eine Delegation der Konsumgenossenschaft abgeordnet war, hat bereits ihre Zustimmung zu ihnen ausgesprochen. Die Vereinbarungen zwischen der Zeitung der Gewerkschaften und der Konsumgenossenschaft beziehen sich auf die Erziehung von Probestandgenossenschaften, Anerkennung der gewerkschaftlichen Tarife, Beschaffung von Rohstoffen, genossenschaftliche Pfändung der Gewerkschaftsmitglieder und Bekämpfung der Heimarbeit. Die Anerkennung der Pflicht für die Konsumgenossenschaften, vorbildliche Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gewähren, die billigen Preis-

arbeits- und Gefängnisarbeitsprodukte nicht zu führen und überhaupt den sozialen Pflichtenkreis möglichst weit zu ziehen, hat aber auch ihre Reize. Die Genossenschaften werden dadurch belastet, sie sind außerstande, allen diesen Anforderungen nachzukommen und daneben auch noch die billigsten Preise zu gewähren. In der Regel wird man nicht feilgreifen, wenn man annimmt, daß außerordentlich billige Preise durch irgendein unfoliales Moment, lange Arbeitszeit, schlechte Löhne, Gefängnis- oder Heimarbeit bedingt werden. Es ist geradezu unmoralisch, unter allen Umständen den billigsten Preisen nachzulaufen; die Erkenntnis dieser Tatsache zu verbreiten, müssen sich die Konsumvereine angelegen sein lassen und hoffentlich finden sie auch in dieser Hinsicht Unterstützung bei den Gewerkschaften und Verbänden bei ihren Mitgliedern. (Gehr richtig!)

Die Unterhandlungen mit der General-Kommission der Gewerkschaften erstreckten sich noch auf einen andern sehr wichtigen Punkt: auf die Bekämpfung der Schäden des Volksversicherungswesens. General-Kommission der Gewerkschaften und Leitung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine haben sich nun in eingehenden Beratungen mit der Frage beschäftigt, wie durch Anwendung des Grundgesetzes der Selbsthilfe den üblen Wirkungen der Volksversicherungen entgegengetreten werden kann und sich geeinigt, eine gewerkschaftlich-genossenschaftliche „Volksfürsorge“ zu schaffen, die den Mitgliedern der Gewerkschaften oder Genossenschaften Gelegenheit geben soll, die Zwecke zu erreichen, die durch Beteiligung an privaten Volksversicherungen erstrebt werden. Das Statut ist in seinen Grundzügen fertiggestellt, es basiert auf dem Grundgedanke, daß jeder Pfennig Beitrag, der eingezahlt ist, auch dem Einzahler wieder zurückerstattet wird. Über die Einzelheiten kann noch nicht beschlossen werden; Genossenschaftstag und Gewerkschaftskongress sollen sich nur im Prinzip bereit erklären, die „Volksfürsorge“ zu schaffen, die nähere Ausführung aber den leitenden Körperschaften überlassen. Der Redner schloß folgende Resolution vor:

„Der achte ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine vom 19. bis 21. Juni 1911 in Leipzig beauftragt den Vorstand und Ausschuss des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, der Frage der allgemeinen Volksversicherung ihr Augenmerk zuzuwenden und in Verbindung mit der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, denjenigen Mängeln, die sich aus der heutigen Handhabung des Volksversicherungswesens durch gewisse Kapitalgesellschaften entwickelt haben, entgegenzutreten.“

Ferner war von einigen Delegierten noch eine Resolution eingebracht worden, die die Beschlüsse der sozialdemokratischen Kongresse in Kopenhagen und Magdeburg begrüßt und hofft, daß sie die Vorurteile zerstreuen, die heute noch in manchen Arbeiterkreisen gegen die Konsumgenossenschaften herrschen. Beide Resolutionen wurden angenommen.

Kretschmer (Hamburg) erstattete den Bericht über die Unterstützungskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Die Kasse hat sich gut entwickelt. Sie zählt jetzt 177 Vereine mit 4235 versicherten Personen und hat am 1. Januar ihre eigentliche Tätigkeit, die Auszahlung von Unterstützungsgeldern, begonnen, weil für die zuerst beigetretenen Mitglieder an diesem Termin die fünfjährige Karenzzeit abgelaufen war. Ferienheime sind noch nicht errichtet worden; die Errichtung einiger steht aber in Aussicht.

Am zweiten Verhandlungstag referierte Professor Dr. Staudinger über das konsumgenossenschaftliche Fortbildungswesen. Nach der Debatte wurde eine Resolution einstimmig angenommen, die in ihrem ersten Teile folgendermaßen lautet:

„Der achte ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine vom 19. bis 21. Juni 1911 in Leipzig nimmt mit Befriedigung von dem Bericht über die Tätigkeit der auf dem vorjährigen Genossenschaftstag in München gewählten Kommission zur Prüfung der Frage des konsumgenossenschaftlichen Fortbildungsunterrichts Kenntnis und beschließt, diese Kommission unter dem Namen Fortbildungskommission des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine mit der Ausführung der weiteren notwendigen Arbeiten zur Förderung und Pflege des konsumgenossenschaftlichen Fortbildungswesens zu betrauen.“

Im folgenden Teile werden die Aufgaben der Kommission genauer auseinandergesetzt.

Über genossenschaftliche Erfahrungen aus der Entwicklungsgeschichte des Verbandes süddeutscher Konsumvereine hielt Herr Konrad Barth einen interessanten Vortrag.

Dann erstattete v. Elm den Bericht des Tarifamts. Er gab die wichtigsten der gefassten Beschlüsse bekannt, wobei er sie, wenn es sich als notwendig erwies, auch begründete. Ferner erörterte er die Frage der Anerkennung der Tarife durch die Konsumgenossenschaften. Die bisherigen konsumgenossenschaftlichen Mitglieder des Tarifamts, v. Elm, Kretschmer, Kieger, wurden wiedergewählt und als Stellvertreter Postelt und Arnold (Hamburg).

Den Bericht des Ausschusses erstattete gleichfalls v. Elm und beantragte auf Grund der Revision Entlastung des Vorstandes und Genehmigung der Verbandsrechnung.

Die weiteren Gegenstände der Tagesordnung wurden nunmehr schnell erledigt. Nach Genehmigung der Verbandsrechnung erfolgte die einstimmige Wiederwahl des auscheidenden Vorstandsmitglieds Radefiock (Dresden). Die zu wählenden Ausschußmitglieder, Staudinger, v. Elm und Pöblich wurden aufs neue in ihrer Funktion bestätigt. Nach Genehmigung der Vorschläge und Festsetzung der Verbandsbeiträge wurde darauf der Genossenschaftstag durch den Vorsitzenden Radefiock mit einigen kurzen, martigen Schlussworten geschlossen.

Bekanntmachung.

Der Metallarbeiter-Zeitung hat man ja schon manche Schandtat nachgesagt, selbstverständlich mit Unrecht. Diesmal müssen wir uns aber selber eines „Verbrechens“ bezichtigen, nämlich einer, allerdings jahrlässigen — Geschichtsfälschung. Ja, es ist tatsächlich so und das Verbrechen ist sogar auf der ersten Seite der Nr. 22 passiert. Da ist in der ersten Spalte der Feldmarschall Filly zu einem französischen General gemacht worden. Dieser ehrenwerte Herr hat zwar in verschiedener Herren Länder für gutes Geld als höherer Landstuch gegen alle möglichen Feinde gefochten, bis er beim Ausbruch des 30-jährigen Krieges als Feldmarschall der katholischen Liga auf die Protestanten losgelassen wurde, aber „französisch“ zu werden, hatte er augencheinlich keine Gelegenheit. Da wir nun gerne unsern Teil dazu beitragen, der historischen Wahrheit zu ihrem Rechte zu verhelfen, so sei dies hiermit ausdrücklich festgestellt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümern zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 2. Juli der 27. Wochenbeitrag für die Zeit vom 2. bis 8. Juli 1911. fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 6 des Verbandsstatutes gestattet:

- der Verwaltungsstelle Gräna 5 Z pro Woche;
 - der Verwaltungsstelle Koburg 5 Z pro Woche.
- Die Rückzahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Ungeöffnet und für nichtwiederanfragefähig erklärt wird:

Auf Beschluß des Vorstandes nach Antrag der Verwaltungsstelle Koblenz:
 Der Schloffer und Installateur G. Feil, geb. am 24. Januar 1872 zu Koblenz, Lit. A. Buch-Nr. 220914, wegen betrügerischer Manipulationen mit Beitragsmarken.

Für nichtwiederaufnahmefähig wird erklärt:

Auf Antrag der Verwaltungstelle in Tübingen: Der Flaschner Fritz Schlipf, geb. am 8. Februar 1879 zu Oberstenfeld, Buch-Nr. 609341, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Aufforderung zur Rechtfertigung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimaligen Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.

Auf Antrag des Schweiz. Metallarbeiterverbandes Bern:

Der Spengler Joh. Knapp, geb. am 14. Sept. 1883 zu Großhaslach, Schweiz, Buch-Nr. 68996, wegen unfolleg. Verhalten; der Maschinenhelfer Rich. Wagner, geb. am 3. April 1890 zu Budau, Schweiz, Buch-Nr. 67561, wegen unfolleg. Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in Bremen:

Der Schlosser Josef Bracciano, geb. am 6. Sept. 1864 zu Döppeln, Buch-Nr. 494829, wegen betrügl. Manipulationen mit Beitragsmarken.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in Diebentzen:

Der Sittenerarbeiter Bernh. Pieter, geb. am 5. Oktober 1880 zu Niederrüdingen, Lit. A. Buch-Nr. 420386, wegen Unterschlagung.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in Nürnberg:

Der Mechaniker S. Kramer, geb. am 1. Sept. 1872 zu Gabling, Lit. A. Buch-Nr. 609656, wegen unfolleg. Verhalten.

Gestohlen sind:

Buch Nr. 580939, lautend auf Dreher Karl Hanisch (Kiel); Buch Nr. 953927, lautend auf Dreher S. Fermand (Bremen).

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Röntgenstr. 16 a, zu adressieren. Geldsendungen adressiert man nur an Theodor Werner, Stuttgart, Röntgenstr. 16 a; auf dem Postfach ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinbart ist. Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung! - Zugang ist fernzuhalten:

- von Westarbeiter nach Budapest (Firma Sifra) D.; von Drehern, Hoblern und sonstigen Maschinenarbeitern nach Düsseldorf (Benther Maschinenfabrik) R.; nach Siegen (Peipers & Co.) St.; von Feilenbauern nach Zell-St. Blasii (Fa. Böhrner) M.; von Formern, Gießereiarbeitern und Kernmachern nach Bochum (Fa. Wolf) D.; nach Würzburg bei Komotau in Böhmen (Clemens Müller) St.; nach Wunzlau, D.; nach Düsseldorf (Fa. Schwarz) D.; (Zahnradfabrik Geiger) St.; nach Gmünd (Firma Hitz & Schweiger) M.; nach Leer (A. Schreiber, Eisen- und Maschinenbau) M.; nach Vindon a. Ruhr (Firma Gust. Wolf) M.; nach Paderborn, St.; nach Torgelow, St.; nach Ustermünde, St.; nach Wolgast, St.; von Gold- und Silberarbeitern, Pressern und Hilfsarbeitern nach Pforzheim; von Gravuren (Stempelschneidern) nach Hamburg, D.; von Feilenbauern nach Hamburg (Fa. Kohl & Brehmer) St.; nach Pforzheim (Fa. M. Pfänder) M.; nach M.-Gladbach, St.; nach Siegen (Fa. Hintertürk) D.; von Klempnern aller Art und Installateuren nach Berlin, St.; nach Dänemark, U.; nach Erfurt (Fa. Hoffmann), St.; nach Göttingen, U.; nach Kaiserlautern, U.; nach Kiel, St.; nach Liegnitz, St.; nach Solingen und Umg., U.; von Mechanikern nach Bremen und Bremerhaven (Fa. Ludolf, nautische Instrumente) St.; von Metallarbeitern aller Branchen nach Alsen (Gebr. Simon, Drehtischfabrik); nach Arnstadt (H. Barth, Stanzmesserf.); nach Barmen (Fa. Schmalz & Schulz, Metallwarenfabrik, und Firma Kohler & Woyntamp) St.; nach Gutzlun (Firma Stolle) D.; nach Frankfurt a. M. (Widmerwerke) D.; nach Gmünd (Fa. Hitz & Schweiger) M.; nach Göttingen i. Württ. (Fa. Martin & Co.) St.; nach Herten (Firma H. Buchstons, Dampfmaschinenfabrik); nach Hildesheim (Fa. Gd. Hübner) St.; nach Hildesheim-Mehle (Fa. Semgen, Metallwerk) M.; nach Horn b. Arbon, Schweiz (Fa. Ruck) U.; nach Leisnig (Fa. Fränkel & Co.) D.; nach Linz a. D. (Schiffswerft) St.; nach Lüneburg (Fa. D. Meuselwitz, Bergbaubetrieb) St.; nach Nordhausen, St.; nach Pirna (Firma Schön & Co., Maschinenfabrik) D.; nach Reutlingen (Fa. Buchard & Weber) D.; nach Siegen; nach Stolp i. P. (Hofwagenfabrik Hühse) St.; nach Werdau-Zwickau (Waggonfabrik) D.; nach Wermelskirchen bei Remscheid (Fa. Weber) D.; nach Wetter a. N. (Fa. Bönnhoff) St.; von Metallarbeitern nach Erfurt (Gebr. Kammerer, Aluminiumwarenfabrik) R.; nach Schlettau bei Annaberg i. S., D.; von Metallschlägern nach Lechhausen, U.; nach Großschönau, Sondersdorf und Zittau, U.; von Schleifern nach Pforzheim (Firma Lutz & Bolte) D.; von Schlossern (Wau- und Kunst-) nach Hannover (Firma G. Verlaas); nach Königsberg, St.; nach Leer (A. Schreiber, Eisen- und Maschinenbau) M.; nach Pforzheim, St.; nach Regensburg, U.; von Werkzeugenschlossern nach Arnstadt i. Th. (Stanzmesserfabrik S. Barth).

(Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, die überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohn- oder Tarifbewegung; U.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; N.: Lohn- oder Arbeitsreduktion u. s. w. F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Behauptung von Sperrung müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungstelle beglaubigt sein.

Vor Arbeitsaufnahme in Orten, wo keine der obigen Anlässe in Betracht kommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, dem Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Diese Anfragen sind von der Verwaltungstelle, oder das Mitglied angehört, abstampeln zu lassen. Anfragen über Orte, wo keine Ortsverwaltung besteht, wolle man an den Vorstand richten. Das gleiche gilt für alle die, die an ihrem bisherigen Arbeitsort ihre Stelle wechseln.

Lichtbildervorträge

- des Kollegen Sebastian Lauterbach aus Stuttgart über Unfallverhütung und Arbeiterschutz in der Metallindustrie: Sonntag den 9. Juli in Oberndorf a. N. im Gasthof zum Schützen. Montag den 10. Juli in Schweningen a. N. im Grünen Baum. Dienstag den 11. Juli in Willingen in der Tonhalle. Mittwoch den 12. Juli in Freiberg im Gasthaus zum Bad. Donnerstag den 13. Juli in Furtwangen im Saale zur Vorstadt. Samstag den 15. Juli in Freiburg i. Brg. im Feilerling. Dienstag den 18. Juli in Kärnach im Metzgerhof. Mittwoch den 19. Juli in Waldbühl im Reithofsaal. Freitag den 21. Juli in Tuttlingen im Kronensaal. Samstag den 22. Juli in Sigen a. P. im Rössleinsaal. Sonntag den 23. Juli in Haldorf in der Wallfischhalle. Dienstag den 25. Juli in Friedrichshafen im Seehotel. Donnerstag den 27. Juli in Ravensburg im Gasthaus zum Lamm. Samstag den 29. Juli in Albstadt bei Geislingen im Gasth. z. Hirsch.

Korrespondenzen.

Elektromonteurs.

Frankfurt a. M. Am 19. Juni, nachmittags 4 Uhr, hatten sich die hiesigen Elektromonteurs im großen Saale der „Kontordia“ zahlreich versammelt. Der Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Kollege Gemoll, schilderte an der Hand des gesammelten Materials die jetzige Lohnbewegung. Bereits am 15. Juni hatte eine sehr gut besuchte Versammlung sich mit der Materie beschäftigt und kam zu dem Beschluß, noch einen Versuch zur Einbahnung einer friedlichen Lösung zu versuchen. Am 29. Juni war dem Vorsitzenden der Unternehmerorganisation und den einzelnen Unternehmern eine Tarifvorlage mit Begleitschreiben mit dem Entschluß überhandt worden, bis zum 6. Juni sich zu äußern. Während dieser Zeit hatte eine Versammlung der Unternehmer stattgefunden, in der die Taktik der Verschleppung von einer zur anderen Woche vorgeschlagen wurde und durchgeführt werden sollte. Wie es bei allen Lohnkämpfen geht, in denen die großen Firmen den Ton angeben, so geschah es auch hier: die Millionenfirma Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, die ihren kleineren Kolleginnen Mut einflößte — jedenfalls mit dem Hintergedanken, daß bei längerem Streik mindestens ein Duzend Konkurrenten als Pleiteleichen auf dem Schlachtfeld liegen bleiben würden — machte scharf. Am 10. Juni erhielt der Leiter der Bewegung von dem Vorsitzenden der Unternehmervereinigung ein Schreiben, in dem es heißt: „Von Verhandlungen mit den Arbeiterverbänden soll abgesehen werden, ebenso hat man auch den Verband der elektrotechnischen Installationsfirmen nicht in Anspruch genommen. Die Firmen sind jedoch übereingekommen, eine einheitliche Regelung der Arbeitsverhältnisse herbeizuführen.“ Ferner ging uns von sämtlichen Firmen folgendes gleichlautende Schreiben zu: „Auf den Inhalt Ihres gefälligen Schreibens vom 29. vorigen Monats bedauern wir nicht eingehen zu können; wird aber jederzeit bereit, Wünsche der bei uns beschäftigten Arbeitnehmer von diesen selbst entgegenzunehmen und zu prüfen.“ Die Herren geruhen allergnädigst, ihren „Knechten“, wenn sie artig sind, entgegenzukommen. Dieses Schreiben weicht in seinem Inhalt von dem Schreiben des Vorsitzenden vollständig ab. Der Vorsitzende schreibt, es würde eine einheitliche Regelung der Arbeitsverhältnisse herbeizuführen, das Schreiben der einzelnen Unternehmer sagt das Gegenteil. Wir nagelten darauf den Vorsitzenden der Unternehmerorganisation fest und zeigten ihm das Doppelspiel der Unternehmer, worauf er in einem nichtssagenden Schreiben antwortete. Wie schon gesagt, bereits am 15. Juni hatte eine Versammlung der Kollegen stattgefunden, um noch einen, und zwar den letzten Schritt zu tun. In der Versammlung wählten die Kollegen der einzelnen Firmen zwei und drei Kommissionsmitglieder, die bei ihren Prinzipalen wegen des Tarifes vorzusprechen sollten. Zugleich ging ein Schreiben an die einzelnen Unternehmer, worin die Kommissionsmitglieder namhaft gemacht und mitgeteilt wurde, daß am Montag den 19. Juni in einer Versammlung der Elektromonteurs, die bereits um 4 Uhr nachmittags stattfand, über die Verhandlungen berichtet wurde. So viel Köpfe, so viel Sinne, sagt ein altes Sprichwort — und so sieht selbstverständlich auch das Material aus, das durch die Einzelverhandlungen entstanden ist. Und so beschloß dann die Versammlung am 19. Juni, der Spielerei ein Ende zu bereiten. Einmütig erklärte sich die Versammlung, in der weit über 500 Kollegen anwesend waren, für die Niederlegung der Arbeit. Damit die Kollegen im Reich der „hohen“ Löhne der Frankfurter Monteurs orientiert sind, sei ihnen folgendes wahrheitsgetreue Bild vorgeführt. Wir hatten eine Statistik aufgenommen und dadurch festgestellt, daß hier sogar Löhne von 25 (M) vorhanden sind. Der höchste Lohn, den wir ermittelten, war 62 M; das heißt, eine Person hatte diesen, die meisten Löhne schweben zwischen 30 bis 45 M. Mit diesen Löhnen soll in Frankfurt ein arbeitender Mensch anständig leben können. Das ist unmöglich. Und hier wollen wir gleich etwas hinzufügen. Die Unternehmer hatten von unverschämten Lohnforderungen gesprochen, als ihnen der Tarif zu Gesicht kam; aber daß sie die Leute jahrelang mit niedrigen Löhnen abgesperrt und ausgebeutet haben, dies wollen die Herren nicht begreifen. Solange der junge Mann bei 25 bis 35 M Verdienst bei den Eltern wohnt, diese selbst noch so beschränkt sind, ihn durchzufüttern, statt dem Unternehmer begründlich zu machen, daß der Junge 3 bis 4 Jahre gelernt hat, solange geht es. Das Bild verändert sich aber sofort, sobald die Eltern verjagen. Dann wird der junge Mann in das Lafter hineingetrieben, die Kriminalstatistik Frankfurts weiß viel davon zu erzählen. Damit unsere Kollegen außerhalb Frankfurts nicht glauben, wir malten zu schwarz, wollen wir ihnen das Angebot der Millionenfirma Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft vor Augen führen: „Befamtmachung, 19. Juni 1911. Ab dem 21. Juni 1911 beginnenden Lohnwoche wird die 9stündige Arbeitszeit für die in Abteilung III beschäftigten Monteurs und Hilfsmonteurs eingeführt, und zwar: vormittags von 7 bis 12 Uhr mit 1/2stündiger Frühstückspause; nachmittags von 1 1/2 bis 6 1/2 Uhr mit 1/2stündiger Vesperpause. Die Löhne werden so erhöht, daß sich bei 9stündiger Arbeitszeit der gleiche Tagelohn wie bei 10stündiger Arbeitszeit ergibt. Die demnächst zu verrechnenden Löhne stellen sich hiernach wie folgt:

jetziger Stundenlohn 21. Juni 1911	ab 21. Juni 1911	jetziger Stundenlohn 21. Juni 1911	ab 21. Juni 1911
30	3,06	47 1/2	5,77
32 1/2	3,38	50	5,04
35	3,51	52 1/2	5,81
37 1/2	3,78	55	5,58
40	4,05	57 1/2	6,4
42 1/2	4,32	60	6,63
45	4,50		

Stadtzulagen fallen in Zukunft fort.“ — Dieses Dokument zeigt uns die „hohen“ Löhne der Weltfirma Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft. Wir fragen nun ganz bescheiden an, was bekommen die, die weniger als 30 M die Stunde bekommen? Daß Löhne von 25 M vorhanden sind, haben wir bereits gesagt und die Arbeitsordnung der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft bestätigt es. Im Zusatz zur Arbeitsordnung heißt es: „Bei auswärtigen Montagen werden folgende Zulagen vergütet: Hilfsmonteurs unter 30 M Stundenlohn erhalten überhaupt keine Zulagen.“ Nach diesen Feststellungen werden die Kollegen wohl begreifen, daß wir nicht zu viel, sondern nur das gesagt haben, was Tatsache ist. Wie ein roter Faden zog sich in dem Bericht der Kollegen aus den einzelnen Betrieben der Vorwurf durch, daß die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft sich unkonkurrenzfrei selbsterklärend richtete demgemäß die übrigen Firmen ein. Wir haben zum Beispiel in der Statistik das Dienstalter der Kollegen mit aufgenommen und ersehen daraus, daß sie bei 15- bis 25-jähriger Arbeitszeit auf den „hohen“ Lohn von 55 M gekommen sind. Daß bei diesen Tatsachen einmal ein ernstes Wort geredet werden muß, ist wohl jedem denkenden Menschen klar und begründlich. Wir eruchen die Kollegen, das schöne Frankfurt mit seinen Hungerlöhnen zu meiden. Will aber trotz alledem ein Kollege hier arbeiten, so soll er sich gleich in eine Obermonteursstellung melden, diese wird besser bezahlt, mit 45 bis 50 M die Stunde. Auch solche Marken gibt es ja noch in der deutschen Arbeiterschaft, die sich durch Titel ohne Wert und Mittel von den Unternehmern zu ihrem eigenen Schaden ködern lassen. Von dieser Spezies haben wir leider in Frankfurt noch zu viel.

Farmer.

Düsseldorf. (Zum Streit bei Geiger.) Die Ferberkolonne ist zum erstenmal in Düsseldorf tätig. Als die Streikenden den Betrieb verlassen hatten, erschien sie prompt auf der Bildfläche. Bekanntlich schlafen diese nützlichen Elemente stets in der Fabrik, weil man ihnen überall Logis verweigert. In vorkommender, aber unglaublicher Weise hat die Militärverwaltung der Firma Matrassen zur Verfügung gestellt, die in die Fabrik geschafft wurden. Auf diesen Matrassen schlafen nun die berufsmäßigen Arbeitswilligen mit ihrer Dame. Vor einigen Tagen wurde diese Dame von ihren Beschützern verprügelt und herausgeworfen. Aber noch an demselben

Tag feierte man wieder Versöhnung, nachdem sie sich einen geeigneten Ort in dem schwandem Zustand das Quartier wieder aussuchte. („Ein freies Leben führen wir...“) Das Quartier war zunächst in Pferdebestall, jetzt ist es in den Speiseaal verlegt worden; im Pferdebestall werden nun die Mahlzeiten eingenommen. Viel Schaden für die Streikenden richteten die Herrschaften nicht an, aber desto mehr für die Firma Geiger, denn sie machen sehr wenig und von diesem wenigen ist noch viel Schrott. Die Streikenden warten deshalb den Gang der Dinge mit aller Gemütsruhe ab. Da unsere Kollegen ein gewisses Interesse daran haben, die Formen kennen zu lernen, die Mitglieder der Ferberkolonne sind, führen wir nachstehend ihre Namen an: Joh. Wz aus Saarbrücken, Rudolf Brandt aus Herbt, Emil Burgard aus Brebach, Phil. Löw aus St. Johann, Friedr. Köppler aus St. Johann, Georg Meißner aus Brebach, Karl Laclan aus Ottenberg, Georg Müller aus Gubingen.

Klempner.

Hildesheim. Der Streik der Klempner, Bergmänner und deren Hilfsarbeiter bei der Firma Gd. Hübner ist durch Vergleich beendet worden.

Metallarbeiter.

Aue i. Erzgeb. Bei der Firma F. A. Range in Auerhammer hat erfreulicherweise die gewerkschaftliche Organisation in letzter Zeit sehr gute Fortschritte gemacht. Damit waren auch die Vorbereitungen gegeben, daß die Wünsche einer Arbeitergruppe bei der Betriebsleitung Berücksichtigung fanden. Angezogen von diesem Erfolg haben auch die Methodisten ein Mitschreiben des Inhalts an die Firma geschickt, die Nachtschicht vor Sonn- und Feiertagen nachts 12 Uhr zu beenden. Die Betriebsleitung hat auch diesem Wunsche entsprochen. Darüber kann sich nun jeder Arbeiterfreund freuen, wohl aber kaum über die Art und Weise des Dankes, der daraufhin von den Methodisten an den Besitzer des Betriebes gerichtet wurde. Das Dankschreiben, das wohl auch für Fernstehende von Interesse sein dürfte, lautet: „An den Königlich Sächsischen Geheimen Kommerzienrat Range in Auerhammer. Herzlichen Dank sagen wir unserem hochverehrten Herrn Geheimrat für die in so hochherziger Weise getroffene Änderung hinsichtlich der Arbeitszeit vor den Sonn- und Feiertagen. Möge es Herrn Geheimrat noch recht viele Jahre vergönnt sein, an der Spitze seines gewaltigen Wertes zu stehen, zum Heil und Segen seiner Untergebenen. Auerhammer, den 6. Juni 1911. Die dankbare Arbeiterschaft.“ So das Schreiben. Nun verwahren sich aber die Akkordarbeiter ganz energisch dagegen, mit zu der „dankbaren Arbeiterschaft“ zu gehören, denn ihnen ist der Lohnausfall für die halbe Schicht in keiner Weise entschädigt worden. Der Streiker des Dankes scheint also wenig Zählung mit der Arbeiterschaft zu haben.

Landshut a. M. Der Streik der Werftarbeiter bei der Firma A. Paudsch ist nach kurzer Dauer mit Erfolg für die Kollegen beendet worden. Die Firma hat neben einer Reihe allgemeiner Zugeständnisse die Einstellungslohne für ungelernete Arbeiter auf 30 M pro Stunde erhöht und für alle übrigen Arbeiter eine Zulage von 3 M die Stunde bewilligt. Die Arbeiter können mit dem Erfolg um so mehr zufrieden sein, weil der dortige „Fabrikausschuß“ (eine ganz besondere „Vertretung“ der Interessen der Arbeiterschaft der Firma Paudsch) durch einen Anschlag an schwarzen Brett die arbeitenden Kollegen aufgefordert hatte, die Streikenden in keiner Weise zu unterstützen. Genügt hat die Liebedienerei dieses „Ausschusses“ glücklicherweise nichts. Die Arbeiter der Firma Paudsch müssen daraus die Lehre ziehen, daß ihre Interessen nur dann gewahrt und vertreten werden können, wenn sie sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anschließen. Die Sperre über den Betrieb ist hiermit aufgehoben.

Leer (Dittiesland). Am 1. Juni 1908 wurde der Streik bei der Firma Julius Meyer & Co. in Norden und die dadurch hervorgerufene Aussperrung in Leer bei den Firmen Wochhoff, Schreiber und Gnom (Inhaber Mees) durch Vermittlung des Herrn Bürgermeisters Dieckmann (Leer) durch Verhandlung erledigt. Die Resultate dieser Verhandlung waren in dem Protokoll derartig veräußert festgelegt (einen Funktionär der Gewerkschaft hatte man zu der Verhandlung nicht zugelassen), daß schon in kurzer Zeit neue Differenzen in Norden und in Leer hervorgerufen wurden. Hauptächlich waren die Bestrebungen des Herrn Direktors Kohlschütter in Norden darauf gerichtet, den Deutschen Metallarbeiter-Verband wieder aus dem Betrieb zu verdrängen, welches Bestreben schon im Jahre 1907 einen längeren Kampf hervorrief, der damit endete, daß die Organisation anerkannt wurde. Aber infolge des langen Kampfes waren die Abnehmer der Produkte der Firma Julius Meyer dazu übergegangen, ihre Waren bei anderen Firmen zu bestellen. Es wanderten deshalb viele Arbeiter ab, der Betrieb konnte sich erst langsam erholen. Auch bei der Firma Gnom in Leer brachen im Jahre 1908 Differenzen aus, die auch zur Liquidation des Betriebes geführt hätten, wenn nicht die Firma A. Schreiber diesen Betrieb übernommen und bei Gnom beschäftigten Arbeiter eingestellt hätte. Wiederholt wurde von den bei A. Schreiber in Leer beschäftigten Arbeitern auf Grund der Abmachungen vom 1. Juni 1908 Beschwerde über Unregelmäßigkeiten und sonstige Mißstände erhoben, jedoch ohne Erfolg. Infolge der Krise verschlechterten sich die Lohn- und Arbeitsverhältnisse aber derart, daß die Arbeiter bei den gesteigerten Kosten der Lebenshaltung gezwungen waren, ihre Wünsche zu formulieren und in einer Betriebsversammlung am 25. April dieses Jahres den Bezirksleiter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes einmütig zu beauftragen, sie der Firma zu unterbreiten und unter Zugabe einer Kommission der beteiligten Arbeiter mit der Firma zu verhandeln. Die Direktion lehnte zunächst die Verhandlung mit dem Bezirksleiter ab, erklärte sich aber bereit, ihrer (Unternehmer-) Organisation die Angelegenheit zu unterbreiten und eine Verhandlung unter Leitung des Vorsitzenden Direktor Kohlschütter (Norden) anzubahnen. Diese Verhandlung fand am 18. Mai statt, jedoch war das Resultat so gering, daß die am Abend abgehaltene Betriebsversammlung sich damit nicht zufrieden erklärte und die Kommission beauftragte, nochmals zu verhandeln. Inzwischen hatte die Direktion folgenden Anschlag am 10. Mai herausgegeben: „Ich möchte nicht unterlassen, meine Arbeiter nochmals zur Ruhe zu ermahnen und sie auffordern, unerfüllbare Forderungen zurückzugeben. Ein Streik würde voraussichtlich von sehr langer Dauer sein und für viele von verhängnisvollen Folgen. Arbeiter, die den beiden in Frage kommenden Verbänden nicht angehören, werden selbstredend weiterbeschäftigt. Leer, den 10. Mai 1911. (gez.) A. Schreiber.“ Darüber waren die Arbeiter derart erbost (denn die Ruhe war bisher durchaus nicht gestört worden), daß sie am 11. Mai einmütig ihre Kündigung einreichten. Die Verhandlungen wurden von der Kommission und der Direktion fortgesetzt, änderten aber trotz des weitesten Entgegenkommens der Arbeiter nichts an dem spärlichen Resultat; von der Firma wurde die Sache derart verschleppt, daß am Tage des Ablaufs der Kündigung die Situation noch unverändert war, weshalb am 24. Mai abends die Arbeiter die Arbeit einstellten. Die Direktion versprach weitere Verhandlungen, erklärte aber zugleich, nicht alle Arbeiter wieder einzustellen, und sie verlangte von der Kommission eine Aufstellung der zu gering bezahlten Akkordarbeiten. Diesem wurde prompt entsprochen, der Firma aber mitgeteilt, daß die Arbeiter auf der Wiedereinstellung aller Streikenden bestehen. Die Firma sandte nunmehr der Kommission eine Aufstellung über die Akkorde, die sie aufzubessern bereit sei; sie erhielt sofort die Antwort, daß in einer Versammlung am 6. Juni dazu Stellung genommen werden sollte. Die Firma A. Schreiber ließ aber am 2. Juni eine schwarze Liste aller Beteiligten verbreiten, trotzdem sie vorher erklärte, nicht alle wieder einstellen zu können. Die am 6. Juni abgehaltene Versammlung lehnte die von der Firma angebotene Akkorde ab, da diese nur auf Arbeiten Bezug nahm, die nur selten ausgeführt werden, aber laufende und zu gering bezahlte Akkordarbeiten nicht berücksichtigte. Der Herr Direktor Esfeldhorn von der Firma A. Schreiber versuchte nun, die Einmütigkeit der Streikenden mit allerlei Mitteln zu föhren: Kündigung der Fabrikwohnungen, Drohungen von Nichtwiedereinstellen wurden von diesem Herrn angewandt, um die Arbeiter müde zu machen, doch der Liebe Mühe war unfruchtbar.

Luzemburgische Gewerkschaftsspieler in Deutschland.

Erinnerlich ist, daß vor einiger Zeit der Bevollmächtigte des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes auf Betreiben der dortigen Güttenkapitalisten aus Luxemburg ausgewiesen wurde. Das Recept soll nun, wie es den Anschein gewinnt, auch auf die Beauftragten der organisierten Arbeiter anderer Gewerbe angewendet werden. Den luxemburgischen Ausbeutern sind natürlich die Beamten der Arbeiterorganisationen besonders gefährlich, weil diese die Industriestellen ausfüllen und somit den Unternehmern im Profitmachen hinderlich sind. Die luxemburgische Regierung kann natürlich keinen deutschen Gewerkschaftsführer ausweisen, wenn sie nicht dessen Personalien und Photographie in Händen hat, um diese Dinge den Polizeibeamten zuzuführen, die mit der Fahndung solcher Persönlichkeiten beschäftigt sind. Die folgenden Tatsachen geben auch das Recept bekannt, nach dem in solchen Dingen gearbeitet wird. Dem Diamantschleifer Philipp Dreher aus Jbar, dem Vertrauensmann des Weltbundes der Diamantarbeiter, wurde bekannt, daß ein Steinschleifer August Dreher II aus Ziefenstein von der Diamantfirma Sidor Tolkowsky in Diekirch, früher in Jbar, den Auftrag hat, die Photographie des Philipp Dreher zu beschaffen. Der Vertrauensmann Dreher hat als solcher nämlich auch in Luxemburg zu tun und besonders der Firma Sidor Tolkowsky gegenüber, die früher schon in Jbar durch ihre Verhüllungsstücke aufstell und wohl hauptsächlich deswegen ihren Betrieb nach Luxemburg verlegte, weil sie hofft, dort leichter als in Deutschland die Masse von Lehrlingen zu erhalten. In Oberstein-Jbar versuchte der Firmeninhaber sogar noch vor zwei Jahren, einen Gewerkschaftsbeamten und einen Vertrauensmann durch das Angebot von je 500 M zu bestechen, ihm gegen den Willen der Organisation Lehrlinge zu verschaffen. Da nun aber der Vertrauensmann der Diamantarbeiter auch seine Tätigkeit auf Luxemburg ausgedehnt hat, so ist dem Herrn Tolkowsky das äußerst unangenehm und er wandte sich an den Schleiferbesitzer August Dreher II in Ziefenstein mit dem erwählten Ersuchen, dem dieser auch nach Möglichkeit nachzukommen versucht. Nach diesen Tatsachen ist es nicht ausgeschlossen, daß auch noch andere Gewerkschaften und ihre Beauftragten, zu deren Organisationsgebiet der Großstaat Luxemburg gehört, mit solchen Dingen befragt werden, weil den luxemburgischen Unternehmern und Ausbeutern Ausbeutungsfreiheit gewährt werden soll.

Von den Unternehmerarbeitsnachweisen.

Folgendes Rundschreiben geht durch die Arbeiterpresse: „Arbeitsnachweis des Verbandes Schleifischer Metallindustrieller.“

Verbandes Schleifischer Metallindustrieller.

Breslau VI, den 21. Juni 1911.

An den Arbeitsnachweis in

Schon über ein Jahr — wir verweisen auf unseren letzten Brief vom 20. v. Mts., sowie auf die zu Braunschweig stattgehabte mündliche Unterredung — suchen wir für unsere Verbandsfirma Caspar Wollheim-Gesell.

Kesselschmiede, Preßluftnieter, Eisenschiffbauer, ohne bisher mit allen unseren Bemühungen den geringsten Erfolg gehabt zu haben. Unsere Verlegenheit ist daher nachgerade aufs höchste gestiegen, und, indem wir an das Solidaritäts- und Pflichtgefühl appellieren, das doch alle dem Gesamtverband angeschlossenen Nachweise in gleichem Maße miteinander verbindet, bitten wir nochmals dringend darum, uns doch endlich bei der Veranschaulichung von Arbeitskräften der erwähnten Kategorien behilflich zu sein. In erster Linie brauchen wir 4-5 mit guten Zeugnissen versehene Kesselschmiede.

Für den Fall, daß uns wieder von allen Seiten abschlägige Antworten zuteil werden, sehen wir uns genötigt — das Interesse für die Wohlfahrt, insbesondere für die Dispositionsmöglichkeit unserer auftraggebenden Verbandsfirma fordert uns geradezu gebieterisch dazu auf — unsere Forderung zu Insinuationen zu nehmen, und zwar — wir belonen das ausdrücklich — in allen Zeitungen, die uns dafür irgendwie geeignet erscheinen. Der Selbstverhaltungstrieb sowie die zwingende Notwendigkeit, uns das Vertrauen des Verbandes zu unserer Nachweisfähigkeit zu erhalten, dürften dieses Verhalten hinlänglich rechtfertigen.

Socherungssooll

Arbeitsnachweis des Verbandes Schleifischer Metallindustrieller. F. A.: (gez.) Dr. Peters.“

Es erscheint doch recht zweifelhaft, daß es so schwer sein soll, der recht bekannten Firma Wollheim in Gosel geeignete Arbeiter zu verschaffen. Die Sache wird wohl einen besonderen Haken haben.

Besuch der Fortbildungsschule.

Der Zeitkritik für die deutsche Bau-, Kunst- und Maschinenlocherer (Nr. 24 vom 17. Juni) entnehmen wir folgende Notiz:

„Ein für Lehrmeister beachtenswertes Urteil! Einem Schlossermeister in Breslau ist dauernd die Befugnis zum Halten von Lehrlingen entzogen worden, weil er dieselben fortgesetzt abschickte vom Besuch der Fortbildungsschule fernhielt. Das Urteil gründete sich auf § 126a 1 der Gewerbeordnung, da der Meister sich grober Pflichtverletzungen gegenüber den Lehrlingen schuldig gemacht, zumal er diesen auch unnothige Entschuldigungen für die Lehrer auf offenen Postkarten mitgab.“

Dieses Urteil ist nicht nur für Unternehmer beachtenswert, sondern auch für Gesellenausstüfter, Jugendschutzkommissionen u. s. w.

§ 153.

Die Entfernung eines Werkmeisters als „Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen“. In Finsterwalde hatten die Hutmacher des Fabrikanten Basse gestreikt. Der Streikende Krüger nannte den einzigen Streikbrecher, der neben dem Werkmeister arbeitete, auf der Straße nach vergeblichem Versuch, ihn zum Anschluß an den Streik zu bewegen, ein „nettes Fräulein“ und einen Streikbrecher. Er wurde deshalb von der Strafkammer in Cottbus auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung zu einer Freiheitsstrafe verurteilt, weil er versucht habe, jenen Arbeitswilligen durch Schmeichelei oder Verurteilung zu bewegen, sich einer Verabredung gemäß §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung anzuschließen, nämlich einer „Verabredung zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen“. In letzterer Hinsicht nahm die Strafkammer auf Grund der Aussage des Fabrikanten an, daß der Streik den Zweck gehabt habe, den Werkmeister K., den damals einzig Unorganisierten in der Fabrik, aus dem Betriebe zu entfernen. Man hätte seine Entlassung erzwingen wollen. Diese wäre aber als „Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen“ für die Streikenden anzusehen. Die Befreiung eines Unorganisierten unter lauter Organisierten bedeute einen Vorteil für die letzteren auch in materieller Beziehung, weil so ihre Position in Lohnfragen u. gestärkt werde. Noch stärker aber trete das hervor, wenn es sich um den Werkmeister handle. Ihr Verhältnis zum Arbeitgeber werde erheblich beeinträchtigt dadurch, ob an der Spitze der Arbeiter ein Werkführer stehe, der ihres Sinnes sei, oder ein anderer, der es nicht sei. Werde eine ihnen genehme Person, die vielleicht organisiert sei, Werkmeister, dann hätten es die Arbeiter leichter, etwas beim Arbeitgeber durchzusetzen. Das hätten auch die Leute erkannt gehabt und deshalb hätten sie die Entfernung des ihnen nicht genehmen Werkmeisters K. erzwingen wollen. Demnach sei der Streik hier eine Verabredung zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen gewesen. Und zweifellos hätte Angeklagter durch jene verlebenden Worte den Arbeitswilligen zum Verlassen der Arbeit bewegen wollen.

Der Angeklagte legte Revision ein, die Rechtsanwältin Wolfgang Heine vor dem Kammergericht vertret. Das Gericht wies die Revision zurück und führte aus: Die Entscheidung hänge davon ab, was unter „Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen“ zu verstehen sei, ob auch darunter falle die Erzwingung der Entlassung eines den Arbeitern unangenehmen Werkmeisters. Das habe das Kammergericht bejaht im Hinblick auf die Entstehungsgeschichte des Gesetzes. Das Kammergericht schloß sich dem im ganzen an. Allerdings gehe das Kammergericht nicht so weit, anzunehmen, daß immer die Erzwingung der Entfernung eines Werkmeisters darunter

falle. Es sei jedoch der Ansicht, daß sie darunter fallen könne. Ob es im Einzelfalle so sei, das sei eine Tatfrage. Das Landgericht habe es hier tatsächlich festgestellt. Da ihm ein Rechtsirrthum nicht zur Last falle, so müsse es bei der Verurteilung des Angeklagten bleiben.

Ein abgeklärter Arbeitswilliger.

Das Schöffengericht zu Herford sprach den Gewerkschaftssekretär Schmidt frei, gegen den Anklage erhoben worden war, weil er das Verhalten des Arbeitswilligen Eberhardt in einer Versammlung durch die Wendungen „Verräter“, „Streikbrecher“, „Mensch mit ganz niedriger Gesinnung“ gekennzeichnet hatte. Eberhardt ist zweimal streitenden Arbeitern in den Rücken gefallen und hat auch einmal als organisierter Arbeiter — ohne Auftrag seines früheren Unternehmers, des Direktors der Werolona geworden, um dem Direktor über alle Wortkommisse in den Versammlungen berichten zu können. (!) Da sich in der Verhandlung die Zeugen auslagen direkt widersprachen, wurden sie zur Weitergabe an das Landgericht Bielefeld protokolliert. Der Staatsanwalt hatte den Strafanzug zurückgezogen. In dem freisprechenden Urteil heißt es: Der Ausdruck „Verräter“ sei zwar ein harter, aber ein zutreffender gewesen.

Uns scheint der Ausdruck „Verräter“ für Burschen von der Art dieses Eberhardt durchaus nicht „hart“. Was soll aber aus der Arbeitswilligengarde werden, wenn schon preussische Gerichte die Streikbrecherei nicht mehr genügend zu würdigen wissen?!

Scharfmacher-Velleitrit.

Herr Paul Grabein, der bekanntlich als neue Spezialität die „dichtere“ Verherrlichung der Scharfmacherei pflegt, wird immer großartiger. In der neuesten Nummer der sogenannten Arbeiter-Zeitung (26) leitet er sich in der Fortsetzung seiner „Erzählung“ im Kampfe etwas besonders schön. Es handelt sich da um folgendes: Der Deutsche Metallarbeiter-Verband hat eine allgemeine Bewegung in den Schraubenfabriken eingeleitet. In der Schraubenfabrik des Kommerzienrats Bergner sind auch Forderungen gestellt worden. Der Fabrikant bewilligt nicht alles, macht aber immerhin solche Zugeständnisse, daß die Arbeiter beschließen, von einem Streik abzusehen. Nun erzählt der „Dichter“ weiter: „So schien die Gefahr für die Bergnerische Fabrik noch einmal glücklich abgewandt und die Ruhe wieder gestöhrt. Aber die Rechnung war ohne die Gewerkschaft gemacht. Diese zog die Gelegenheit alsbald vor ihr Forum, auf Betreiben ihrer Vertrauensmänner in der Fabrik, und dekretierte: Die Annahme der nur teilweisen Zugeständnisse der Fabrikleitung sei aus Gründen der Solidarität und im Interesse eines Gelingens der großen, im ganzen Metallarbeiter-Verband im Gange befindlichen Lohnbewegung nicht statthaft. Es hätten bereits eine ganze Anzahl von anderen Werken die Forderungen des Verbandes voll anerkennen müssen, und daher wäre es ein schwächliches und unkluges Zurückweichen, wenn sich die Bergnerischen Arbeiter jetzt mit dem halben Erfolg begnügten. Nein, es müsse weitergekämpft werden, es läge dies ja auch nur in ihrem allerersten Interesse, und daß sie siegen würden, daran wäre wohl nach Lage der Dinge nicht zu zweifeln!“

Man sollte annehmen, daß ein Schriftsteller, der sich ernsthaft bemüht, in irgend einer Weise die moderne Arbeiterbewegung zu behandeln, nun auch zuvor versucht, sie kennen zu lernen. Um für die Deutsche Arbeiter-Zeitung „dichten“ zu können, braucht Herr Dr. Grabein dies aber wohl nicht. Entweder hat er sich um die Entwicklung der Arbeiterbewegung absolut nicht gekümmert oder — was noch schlimmer ist — er hat es doch getan und schreibt nunmehr wider besseres Wissen. Wo in aller Welt zwingt die Zeitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Mitglieder gegen deren eigenen Willen zum Streik? Nur ein einziges Beispiel! U. u. w. g.

Herr Dr. Grabein und seine scharfmacherischen „Brotgeber“ mögen sich belehren lassen, daß bei sämtlichen Streiks, die die Zeitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes genehmigt, bei den in Frage kommenden Verbandsmitgliedern der Wille zum Streiken schon lange vorher vorhanden war und daß in so und so vielen Fällen die Mitglieder gerne versuchen möchten, durch einen Streik ihre Lage zu verbessern, daß aber der Verbandsvorstand seine Genehmigung versagt. Hat Herr Dr. Grabein nicht von lauten Hören, daß die Angehörigen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes deshalb in Arbeiterkreisen als „Bremsen“ verächtlich sind? Das alles braucht Herr Grabein nicht zu wissen; bei ihm langt es immer noch so weit, daß er die Leser der Arbeiter-Zeitung verhöhlen kann. Und das ist das Erheiternde in dieser Sache.

Zum preussischen Wahlrechtskampfe.

Unter der Überschrift: „An die Entrechteten in Preußen“ hat die Landeskommission der Sozialdemokratie Preußens einen Aufruf erlassen, worin zunächst darauf hingewiesen wird, welche Zugänge vor dem Dreiklassenwahlrecht in Preußen das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht hat, das in der neuen Verfassung für Elsaß-Lothringen festgelegt worden ist. Es heißt dann weiter:

„Preußen ist kein neues Reichsland; die demokratische Gesinnung lebt nur in der Arbeiterklasse; das Bürgerthum ist hier sägamer und bedientenhafter als irgendwo sonst und nur allzu willig, sich der Führung einer übermächtigen Bureaokratie und eines herrschsüchtigen und herrschgewohnten Adels unterzuordnen. Die Elsaß-Lothringer waren immer rebellisch gegen Königs-, Adels- und Bureaokratenherrschaft. Deshalb haben sie heute das gleiche Wahlrecht. Die Schafgebild des preussischen Volkes wird bestraft durch die Infamie der Dreiklassenwahlrecht! Die Elsaß-Lothringer wählen geheim, und genaue Bestimmungen über die Art der Urnen sorgen, daß das Wahlgeheimnis streng gewahrt wird. Die Preußen müssen öffentlich ihre Stimme abgeben, damit die Junker, Kapitalisten und Merkanten die geistig und wirtschaftlich Abhängigen zwingen können, ihrem Willen zu gehorchen. Die Elsaß-Lothringer wählen direkt; sie wählen an einem Sonntag. In Preußen sorgt das indirekte Wahlrecht und ein ganzes System: Hinfügung ausgedehnter Schichten dafür, daß dem Wähler aus dem Volke das Wählen verweigert wird. Der größere Teil der Wähler geht in Preußen überhaupt zu keiner Wahl. Die Elsaß-Lothringer sind bei der Wahl gleich; jede Stimme hat so viel politisches Gewicht, wie die andere. In Preußen werden die Stimmen von 90 Prozent der Bevölkerung zwar gezählt, aber ihr politisches Gewicht verschwindet; 10 Prozent der Bevölkerung, die Wähler der ersten und zweiten Klasse, entscheiden souverän über die Zusammenfassung des Abgeordnetenhauses.“

Politische Freiheit und Gleichheit bei den Wahlen in Elsaß-Lothringen! Politische Unterdrückung und Entrechtung in Preußen! Soll es, darf es so bleiben? . . . Überall in der Welt hat das gleiche Recht seinen Siegeszug vollendet. In Oesterreich wählte schon zum zweiten Male das Volk nach dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht sein Parlament; im republikanischen Frankreich, wo das gleiche Wahlrecht zu allen Vertretungskörpern im Reiche eine Selbstverständlichkeit ist, schied man sich an, daß Wahlrecht durch Einführung des Proporz zu verbessern; in Belgien hat die Sozialdemokratie durch eine kräftig durchgeführte Massenaktion, unterstützt von einem politisch reiferen und energischeren Liberalismus als ihn Deutschland und besonders Preußen besitzt, die liberale Reaktion aufs Haupt geschlagen, das Ministerium zum Rücktritt gezwungen und bereitet sich zum letzten Sturmangriff vor, um das Pluralwahlrecht zu beseitigen. Je demokratischer aber die Entwicklung in der übrigen Welt vor sich geht, je größer in Deutschland selbst das Gebiet wird, das sich das gleiche Wahlrecht erobert, desto richtiger sei es, zu versichern die Junker und ihre Helfershelfer, daß in Preußen der Demokratie Einhalt geboten würde, daß Preußen die Festung bleibe, an deren Wällen der demokratische Sturm zerplatzen werde. . . . Eben ist der Dreiklassenlandtag zusammengetreten. Herr von Bethmann-Hollweg scheint kein Bedürfnis zu haben, den Junkern

zu sagen, daß für ihr Privileg die Stunde geschlagen hat. Um so unabweisbarer ist es, daß die Regierung, daß die Parteien des Landtags aufs neue vor die Frage gestellt werden: Wie ist es mit dem Rechte des Volkes in Preußen?

Die Wahlrechtsfrage muß in Landtage und auch draußen im Lande wieder in ihrer ganzen Schärfe und ihrer ganzen Dringlichkeit gestellt werden. . . Die Waffen aber werden zur richtigen Zeit ihr Wort zu sprechen, ihre Macht zu gebrauchen wissen. Immer näher rückt die Zeit, in der die große Abrechnung mit den Feinden des Volkes, den Steuerplünderern, den Witwenbedrückern und Arbeiterfeuchtern, heranrückt. Für uns in Preußen aber werden die Reichstagswahlen auch der Tag der Vergeltung werden für die Wahlrechtsfeinde und Privilegienritter. . .

Und so wenden wir uns heute an Euch alle, Staatsbürger dritter Klasse, Entrechtete in Preußen! Schließt Euch an unseren festen organisierten Reihen, tretet ein in die Partei der Kämpfer für das volle Recht der arbeitenden Menschheit! Stärkt durch Euren Eintritt unsere Macht und helft mit in dem großen Kampfe um die Eringung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts für Preußen!

Nieder mit dem Dreiklassenwahlrecht! Preußen, der Hort der Reaktion, muß zu einem Hort der Gleichheit und Freiheit werden!“

Arbeiter-Samariterkolonnen.

Der Vorsitzende des Arbeiter-Samariter-Bundes, G. Stein in Berlin-Charlottenburg, Ratier Friedrich-Strasse 40, hat einen Aufruf erlassen, worin auf die in verschiedenen Städten bestehenden Arbeiter-Samariterkolonnen und deren Notwendigkeit für die erste Hilfeleistung bei Unfällen hingewiesen wird. Es heißt in dem Aufruf:

„So mancher brave Arbeiter, der als Opfer der kapitalistischen Ausbeutung auf dem Schlachtfelde der Industrie tot oder verkrüppelt geblieben ist, hätte erhalten werden, hätte seine Glieder wieder in gebräuchsfähigem Zustand verwerten können, wenn beim Unglück sachtgemäße schnelle Hilfe und geeignete Hilfsmittel vorhanden gewesen wären. Viele Unfallsverletzte wären ihrer berechtigten Ansprüche auf Unfallrente nicht verlustig gegangen, hätten sie einen genauen Nachweis über Ort, Zeit und Umstände des Unfalls führen können und wäre ihnen Aufklärung über die Gefahren bei Unfallsverletzungen geworden.“

Es wird in dem Aufruf dann ferner gezeigt, wie der Arbeiter-Samariter bei seiner Ausübung des Wertes der Nächstenliebe dem Verunglückten in dieser doppelten Beziehung nützlich werden kann. In dem Aufruf wird ferner gesagt:

„Die dem Arbeiter-Samariter-Bunde angeschlossenen Kolonnen suchen schon seit Jahren mit Erfolg ihre Mitglieder und Kurstheilnehmer nach diesen Grundrissen zu erziehen. Durch Vorträge wissenschaftlichen und belehrenden Inhalts werden sie über Gefahren bei Krankheiten, über Anatomie und über Wundbehandlung unterrichtet. In regelmäßigen Zwischenräumen werden sie in Kursen unter ärztlicher Leitung in der ersten Hilfeleistung bei Unfällen unterrichtet. Auch im verfloffenen Jahre haben die Kolonnen eine segensreiche Tätigkeit entfaltet. Wie die Statistik für 1910 zeigt, haben die Arbeiter-Samariter in 5694 Fällen die erste Hilfe geleistet; viel Unheil ist sicher von manchem der Verletzten durch die schnelle und sachtgemäße Hilfe abgewendet worden. Die Zahl schon allein beweist, wie nötig die Verbreitung der Samariter ist.“

Darum, Arbeiter und Arbeiterinnen, Angehörige der Gewerkschaften und Parteioorganisationen, sowie der Turn- und sonstigen Sportvereine, unterstützt die Bestrebungen der Arbeiter-Samariterkolonnen durch euren Beitritt. Verbreitet unsere Ideen unter euren Kollegen und Kolleginnen bei allen Gelegenheiten. Sorge jeder dafür, daß in den Orten, wo Kolonnen noch nicht bestehen, solche gegründet werden. Wir sind gern bereit, auf Grund unserer Erfahrungen allen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Arbeiter-Samariterkolonnen bestehen in folgenden Orten: Barmen, Bauen, Berlin, Chemnitz, Dresden, Durlach, Düsseldorf, Eibau, Elberfeld, Fürth, Halberstadt, Halle, Hamburg, Hannover, Harburg, Kassel, Köln, Leipzig, Magdeburg, Mannheim, Meissen, Neuwied, Nürnberg, Ober-Schöneweide, Renscheid, Solingen, Spandau, Worms und Zittau.“

Hospize und Ledigenheime der katholischen Gesellenvereine.

n. Eines muß man den katholischen Arbeitervereinen lassen: sie sind außerordentlich eifrig, ihre Mitglieder vor der Verhinderung mit Andersdenkenden zu bewahren. Nicht nur durch die Sonderorganisation allein, sondern noch durch manche andere Einrichtung wird der katholische Arbeiter vor dem Verkehr mit Kollegen, die seinen religiösen und politischen Standpunkt nicht teilen, abgeschlossen. Eine besondere Bedeutung für diesen Zweck muß den Ledigenheimen zugesprochen werden, die in den letzten Jahrzehnten von dem Verband der katholischen Gesellenvereine geschaffen worden sind. Sie sind entstanden zur Erweiterung der Zwecke, die mit den katholischen Gesellenherbergen verfolgt wurden und werden. Wie die Herbergen dem wandernden Handwerksgehilfen Unterkunft und Verpflegung bieten, so sollen die Ledigenheime für die Arbeiter, die Beschäftigung gefunden haben und am Orte bleiben, sorgen.

Die Verbandsleitung der katholischen Gesellenvereine fördert planmäßig den Bau von Ledigenheimen. Sie hat eine Zentralauskunftstelle für Hausbauten und Verwaltungssachen mit dem Sitz in Köln a. Rh. errichtet, die nicht nur Rathschläge erteilt, sondern Baupläne und Bauverträge sowie die Rentabilitätsberechnungen prüft. Über den Umfang der von den katholischen Gesellenvereinen errichteten Heime macht eine kürzlich im Volksvereinsverlag W.-Gladbach erschienene Schrift über Hospize und Ledigenheime, deren Verfasser der Generalpräses der Gesellenvereine Schweizer ist, interessante Angaben. Danach bestehen rund 500 Hospize, in denen „zirka 5000 Handwerksgehilfen gegen mäßiges Entgelt Wohnung und Verpflegung finden“. Den Stand von 1909 gibt folgende Tabelle wieder:

Table with 4 columns: Länder, Hospize, Bewohner, Länder, Hospize, Bewohner. Rows include Preußen, Bayern, Sachsen, Hessen, Baden, Württemberg and a total row.

Im Jahre 1910 sind 6 Hospize mit zirka 500 Betten in Betrieb genommen worden; in 10 Städten sind neue in Bau begriffen, darunter Berlin mit 202, Köln mit 450 und Straßburg mit 119 Betten.

Daß die Hospize staatszerhaltenden Zwecken dienen sollen, wird in der Schrift von Schweizer als ihre vornehmste Aufgabe bezeichnet. Von den sozialistischen Elementen unter den Handwerkern heißt es, daß sie sich, „joweit sie in der Tat sozialistisch fühlen und denken und nicht bloß zu den sogenannten Wohlthürern zählen, ganz gewiß nicht einer Organisation anschließen und deren Häuser beziehen werden, die prinzipiell und mit Bedacht die sozialistischen Ideen bekämpfen“. Die „bereits Verlorenen“ wiederzugewinnen, ist nach Schweizer nicht Hauptaufgabe der katholischen Gesellenvereine, sie sollen vielmehr suchen, die zu schützen, die noch zu schützen sind und der Gesellschaft die Elemente zu erhalten, die noch nicht vom Geiste des Materialismus ergriffen sind.

Mag auch die Zahl der Hospizbewohner im Verhältnis zur Gesamtzahl der Handwerksgehilfen (an die ist in erster Linie gedacht, nicht an die Industriearbeiter) recht bescheiden sein, so darf nicht übersehen werden, daß fortgesetzt neue Hospize entstehen. Die vorhandenen sollen schon lange nicht mehr der Nachfrage genügen und die Schaffung neuer wird als eine Lebensfrage für die katholischen Gesellenvereine bezeichnet.

Mit Hilfe der Zentrumsparthei hat man die Vereinfachung öffentlicher Mittel für den Bau von Ledigenheimen erreicht, und die Befreiung von öffentlichen Abgaben ist auch erreicht worden. Herr v. Bethmann-Hollweg hat versprochen, seinen Einfluß beim Reichsversicherungsamt geltend zu machen, daß alle Versicherungsanstalten der Invalidenversicherung Baukapital für die katholischen Hospize hergeben. Von Grund-, Gebäude-, Einkommen-, Gewerbe-, Betriebs- und Schafsteuer sind die Hospize als Wohltätigkeitsanstalten befreit. Andere Arbeiterunternehmungen, deren Leitung nicht öffentliche,

sondern Arbeiter führen, genießen solche Privilegien nicht, trotzdem sie ebensogut Wohltätigkeitsanstalten sind.

„Christliche“ Agitationsmanöver.

Im Zentrum: Metallarbeiterverband muß die Mitglieder sehr stark überhand genommen haben.

Aus Düsseldorf wurde uns folgendes Zirkular übersandt, das dort vor einiger Zeit verbreitet wurde:

An unsere Mitglieder!

Wissenschaften nachkommend, wandte sich der Unterzeichnete an den Zentralvorstand mit der Anfrage, ob nicht für eine längere Zeit allen früheren Mitgliedern unseres Verbandes der Wiedereintritt erleichtert werden könnte.

Unter Berücksichtigung der früheren außerordentlichen Verhältnisse ist es Dir gestattet, allen früheren Mitgliedern den Erwerb ihrer freiwillig aufgegebenen Rechte zu ermöglichen.

- 1. bis zum 1. Juni dieses Jahres unter den üblichen Bedingungen ihren Beitritt zum christlichen Metallarbeiterverband vollziehen, 2. den durch unser Statut und von der örtlichen Generalversammlung auferlegten Verpflichtungen gegenüber dem Verbande ein Jahr pünktlich nachgekommen sind.

Durch dieses weitgehende Entgegenkommen ist es einem jeden früheren Mitgliede unseres Verbandes ermöglicht, wiederum in den Genuss der freiwillig aufgegebenen Rechte zu gelangen.

Christlicher Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Düsseldorf, S. A.: Joseph Seupke.

Dieses Zirkular ist eine arge Täuschung der Metallarbeiter, denn wenn die Ungläubigen sich wieder aufnehmen lassen, welche besonderen Rechte erhalten sie dann gegenüber denen, die sich neu aufnehmen lassen?

Christlicher Metallarbeiterverband.

Werte Kollegen und Kolleginnen!

Das Jahr 1910 war für unsern Verband ein Jahr des Fortschritts. Ebenso das 1. Quartal dieses Jahres. Im ganzen Verband ist eine Zunahme von über 14000 Mitgliedern zu verzeichnen.

NB. Mitglieder, welche früher dem Verband schon angehört und bis zum 1. Juli beitreten, erhalten ihre früheren Rechte wieder angerechnet.

Die Rheinische Zeitung bemerkt zu diesem Humbug: Um das Bild vollständig zu machen, sei bezüglich mitgeteilt, daß unter den 38000 christlichen Mitgliedern Sinne, Feindschaft, Landsturm, Gewerbe und noch kommende Mitglieder u. s. w. alles schon mitzählen ist.

Der neue Humbug ist, daß die Rheinische Zeitung bemerkt zu diesem Humbug: Um das Bild vollständig zu machen, sei bezüglich mitgeteilt, daß unter den 38000 christlichen Mitgliedern Sinne, Feindschaft, Landsturm, Gewerbe und noch kommende Mitglieder u. s. w. alles schon mitzählen ist.

Vom Ausland.

Norwegen.

Jern- og Metallarbeiderne, des Omses des Norwegischen Eisen- und Metallarbeiter-Verbandes, enthält in seiner Doppelnummer für April und Mai den Bericht des unternolleierten Arbeitsvertrages (arbitraverenskningen) und eine Übersicht über den Gang der Verhandlungen.

eintreten sollte. Offenbar wollten die Scharfmacher im norwegischen Unternehmertum dadurch zeigen, daß sie ebenso auspernungslustig sind wie ihre Gefinnungsgenossen in Dänemark und Schweden.

Aus den Ergebnissen der Verhandlungen ist hervorzuheben, daß die Mindestlöhne um 3 Ore erhöht wurden, für das sogenannte Westland (das heißt für das Land westlich vom Kap Lindesnes) um 4 Ore.

Der Norwegische Eisen- und Metallarbeiter-Verband verpflichtet sich, so lange, wie diese Übereinkunft gilt, keine organisationsmäßige geforderte Lohnnachbesserung für die Verhandlungen über den Lohn zu unternehmen.

Die Forderung auf einen für das ganze Land geltenden Mindestlohn war diesmal zwar nicht wieder erhoben worden; nichtsdestoweniger ist das Ergebnis der Verhandlungen aber doch ein Schritt in dieser Richtung, denn nach dem früheren Vertrage bestand die Gruppe I nur aus vier Orten; auch gab es damals vier Gruppen, während jetzt nur mehr von drei die Rede sein kann.

An eine Verkürzung der Arbeitszeit (bisher 57 Stunden) wollten die Unternehmer durchaus nicht herab und es kostete große Mühe, wenigstens eine Herabsetzung auf 55 1/2 Stunden zu erreichen.

Der neue Vertrag enthält ferner noch einige Verbesserungen der Bestimmungen über Arbeit außerhalb des Betriebs, über schmutzige und gesundheitschädliche Arbeit, Überstundenarbeit u. s. w., auf die wir hier jedoch nicht weiter eingehen brauchen.

Es scheint jedoch, daß unsere norwegischen Kollegen trotz der durch Annahme dieses Vertrages bewiesenen Friedfertigkeit nicht von Klumpen verdonnert bleiben sollen.

Literarisches.

(Zur Bestellung der angelegten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Haas und Heim im Lichte. Eine Studie zur Förderung des Kleinwohnungswezens. Von Otto Friedrich Weisig. Bei der Besprechung dieses Werkes in der vorigen Nummer ist leider vergessen worden, den Verlag anzugeben.

Hilfsblätter zum Jahrgang der Schloffer, Maschinenbauer, Schmiede, Dreher, Modellhändler und Formner. Von Fr. Altmeyer, Fachlehrer an der Handwerker- und Kunstgewerbeschule zu Hannover.

Strohfeuer und Strohstritt in Preußen. Von Dr. E. Rosenfeld. Unter diesem Titel erschien im Verlage der Buchhandlung Bornträger, Berlin SW. 68, im Jahre 1909, ein Buch, das in allen einschlägigen Kreisen ein guter Ratgeber sein dürfte.

Strohfeuer und Strohstritt in Preußen. Von Dr. E. Rosenfeld. Unter diesem Titel erschien im Verlage der Buchhandlung Bornträger, Berlin SW. 68, im Jahre 1909, ein Buch, das in allen einschlägigen Kreisen ein guter Ratgeber sein dürfte.

Die elektrischen Maschinen. Eine Serie von Vorträgen, gehalten in einem Elektromonteurkursus von Ernst Schulz. Mit 127 Figuren. Berlin, Verlag von Hermann Weußer, 221 Seiten. Preis 3,75 M.

Verbands-Anzeigen

Mitglieder-Versammlungen.

Samstag, 1. Juli: Südtischen Krug, grünen Straße, 1/9 Uhr. Berlin, Verlag von Hermann Weußer, 221 Seiten. Preis 3,75 M.

Sonntag, 2. Juli: Grünwiesengau (Heizungsmonteur). Zentraloberge, 11 Uhr. 11 Uhr. Krone, P. Oppermann, 1/4.

Montag, 3. Juli: Darmen-Elberf. (Baternklampn.) Rostien, Unter-Darmen, halb 8 Uhr.

Dienstag, 4. Juli: Memel. Gewerkschaftshaus, 8 Uhr. Stendal-Langerm. Kaiserhof, 1/9.

Mittwoch, 5. Juli: Boizenburg a. d. E. Ohle, 8 Uhr. Dortmund-Dorf. Schläter, 1/7.

Donnerstag, 6. Juli: Rieder a. S. Halb 9 Uhr. Stendal-Gardelegen. Holt, halb 9.

Samstag, 8. Juli: Altdorf. Dörner, Hofmann, 8 Uhr. Vitzthum. Weiser, Schwan, halb 9 Uhr.

Donnerstag, 6. Juli: Rieder a. S. Halb 9 Uhr. Stendal-Gardelegen. Holt, halb 9.

Samstag, 8. Juli: Altdorf. Dörner, Hofmann, 8 Uhr. Vitzthum. Weiser, Schwan, halb 9 Uhr.

Donnerstag, 6. Juli: Rieder a. S. Halb 9 Uhr. Stendal-Gardelegen. Holt, halb 9.

Samstag, 8. Juli: Altdorf. Dörner, Hofmann, 8 Uhr. Vitzthum. Weiser, Schwan, halb 9 Uhr.

Donnerstag, 6. Juli: Rieder a. S. Halb 9 Uhr. Stendal-Gardelegen. Holt, halb 9.

Samstag, 8. Juli: Altdorf. Dörner, Hofmann, 8 Uhr. Vitzthum. Weiser, Schwan, halb 9 Uhr.

Donnerstag, 6. Juli: Rieder a. S. Halb 9 Uhr. Stendal-Gardelegen. Holt, halb 9.

Samstag, 8. Juli: Altdorf. Dörner, Hofmann, 8 Uhr. Vitzthum. Weiser, Schwan, halb 9 Uhr.

Donnerstag, 6. Juli: Rieder a. S. Halb 9 Uhr. Stendal-Gardelegen. Holt, halb 9.

Samstag, 8. Juli: Altdorf. Dörner, Hofmann, 8 Uhr. Vitzthum. Weiser, Schwan, halb 9 Uhr.

Donnerstag, 6. Juli: Rieder a. S. Halb 9 Uhr. Stendal-Gardelegen. Holt, halb 9.

Samstag, 8. Juli: Altdorf. Dörner, Hofmann, 8 Uhr. Vitzthum. Weiser, Schwan, halb 9 Uhr.

Donnerstag, 6. Juli: Rieder a. S. Halb 9 Uhr. Stendal-Gardelegen. Holt, halb 9.

Samstag, 8. Juli: Altdorf. Dörner, Hofmann, 8 Uhr. Vitzthum. Weiser, Schwan, halb 9 Uhr.

Donnerstag, 6. Juli: Rieder a. S. Halb 9 Uhr. Stendal-Gardelegen. Holt, halb 9.

Samstag, 8. Juli: Altdorf. Dörner, Hofmann, 8 Uhr. Vitzthum. Weiser, Schwan, halb 9 Uhr.

Donnerstag, 6. Juli: Rieder a. S. Halb 9 Uhr. Stendal-Gardelegen. Holt, halb 9.

Samstag, 8. Juli: Altdorf. Dörner, Hofmann, 8 Uhr. Vitzthum. Weiser, Schwan, halb 9 Uhr.

Donnerstag, 6. Juli: Rieder a. S. Halb 9 Uhr. Stendal-Gardelegen. Holt, halb 9.

Samstag, 8. Juli: Altdorf. Dörner, Hofmann, 8 Uhr. Vitzthum. Weiser, Schwan, halb 9 Uhr.

Donnerstag, 6. Juli: Rieder a. S. Halb 9 Uhr. Stendal-Gardelegen. Holt, halb 9.

Samstag, 8. Juli: Altdorf. Dörner, Hofmann, 8 Uhr. Vitzthum. Weiser, Schwan, halb 9 Uhr.

Donnerstag, 6. Juli: Rieder a. S. Halb 9 Uhr. Stendal-Gardelegen. Holt, halb 9.

Samstag, 8. Juli: Altdorf. Dörner, Hofmann, 8 Uhr. Vitzthum. Weiser, Schwan, halb 9 Uhr.

Donnerstag, 6. Juli: Rieder a. S. Halb 9 Uhr. Stendal-Gardelegen. Holt, halb 9.

Samstag, 8. Juli: Altdorf. Dörner, Hofmann, 8 Uhr. Vitzthum. Weiser, Schwan, halb 9 Uhr.

Donnerstag, 6. Juli: Rieder a. S. Halb 9 Uhr. Stendal-Gardelegen. Holt, halb 9.

Samstag, 8. Juli: Altdorf. Dörner, Hofmann, 8 Uhr. Vitzthum. Weiser, Schwan, halb 9 Uhr.

Donnerstag, 6. Juli: Rieder a. S. Halb 9 Uhr. Stendal-Gardelegen. Holt, halb 9.

Samstag, 8. Juli: Altdorf. Dörner, Hofmann, 8 Uhr. Vitzthum. Weiser, Schwan, halb 9 Uhr.

Donnerstag, 6. Juli: Rieder a. S. Halb 9 Uhr. Stendal-Gardelegen. Holt, halb 9.

Samstag, 8. Juli: Altdorf. Dörner, Hofmann, 8 Uhr. Vitzthum. Weiser, Schwan, halb 9 Uhr.

Donnerstag, 6. Juli: Rieder a. S. Halb 9 Uhr. Stendal-Gardelegen. Holt, halb 9.

Samstag, 8. Juli: Altdorf. Dörner, Hofmann, 8 Uhr. Vitzthum. Weiser, Schwan, halb 9 Uhr.

Donnerstag, 6. Juli: Rieder a. S. Halb 9 Uhr. Stendal-Gardelegen. Holt, halb 9.

Samstag, 8. Juli: Altdorf. Dörner, Hofmann, 8 Uhr. Vitzthum. Weiser, Schwan, halb 9 Uhr.

Donnerstag, 6. Juli: Rieder a. S. Halb 9 Uhr. Stendal-Gardelegen. Holt, halb 9.

Samstag, 8. Juli: Altdorf. Dörner, Hofmann, 8 Uhr. Vitzthum. Weiser, Schwan, halb 9 Uhr.

Donnerstag, 6. Juli: Rieder a. S. Halb 9 Uhr. Stendal-Gardelegen. Holt, halb 9.

Samstag, 8. Juli: Altdorf. Dörner, Hofmann, 8 Uhr. Vitzthum. Weiser, Schwan, halb 9 Uhr.

Donnerstag, 6. Juli: Rieder a. S. Halb 9 Uhr. Stendal-Gardelegen. Holt, halb 9.

Samstag, 8. Juli: Altdorf. Dörner, Hofmann, 8 Uhr. Vitzthum. Weiser, Schwan, halb 9 Uhr.

Donnerstag, 6. Juli: Rieder a. S. Halb 9 Uhr. Stendal-Gardelegen. Holt, halb 9.

Samstag, 8. Juli: Altdorf. Dörner, Hofmann, 8 Uhr. Vitzthum. Weiser, Schwan, halb 9 Uhr.

Donnerstag, 6. Juli: Rieder a. S. Halb 9 Uhr. Stendal-Gardelegen. Holt, halb 9.

Samstag, 8. Juli: Altdorf. Dörner, Hofmann, 8 Uhr. Vitzthum. Weiser, Schwan, halb 9 Uhr.

Donnerstag, 6. Juli: Rieder a. S. Halb 9 Uhr. Stendal-Gardelegen. Holt, halb 9.

Samstag, 8. Juli: Altdorf. Dörner, Hofmann, 8 Uhr. Vitzthum. Weiser, Schwan, halb 9 Uhr.

Donnerstag, 6. Juli: Rieder a. S. Halb 9 Uhr. Stendal-Gardelegen. Holt, halb 9.

Samstag, 8. Juli: Altdorf. Dörner, Hofmann, 8 Uhr. Vitzthum. Weiser, Schwan, halb 9 Uhr.

Donnerstag, 6. Juli: Rieder a. S. Halb 9 Uhr. Stendal-Gardelegen. Holt, halb 9.

Samstag, 8. Juli: Altdorf. Dörner, Hofmann, 8 Uhr. Vitzthum. Weiser, Schwan, halb 9 Uhr.

Donnerstag, 6. Juli: Rieder a. S. Halb 9 Uhr. Stendal-Gardelegen. Holt, halb 9.

Samstag, 8. Juli: Altdorf. Dörner, Hofmann, 8 Uhr. Vitzthum. Weiser, Schwan, halb 9 Uhr.

Centralarbeitsnachweis für Graveure und Ziseleure Berlin NW. 6, Chariteestraße 3.

Privat-Anzeigen.

Gesucht nach der Schweiz, tüchtiger selbständiger Metallschleifer und Galvaniseur für dauernde Stellung bei hohem Lohn gel.

Wir suchen für unsere Gießerei, kleiner Umfang, Heising, Aluminium- und Rotguss, einen tüchtigen Vorarbeiter. Offerten unter G. S. 1654 an d. Verlag d. Bl. erbeten.

Gestorben.

Wobeln. Adolf Winkler, Gobler, 48 Jahre, Magdeleben. Georg Gebde, Eisenbrecher, 22 J., freiwilliger Tod.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc.

Breslau. Feilenhauer) Arbeitsnachweis und Auszahlung

Mehrere Arbeiterinnen

finden dauernde Beschäftigung bei Chr. Saller & Schlenker, Metallwarenfabrik, Schwanzingen, Schwarzröhl.